

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Wir haben es satt

25.000 in Berlin für eine gesellschaftlich akzeptierte Agrarpolitik. Bauern und Bäuerinnen - aus Europa und Afrika, agrarpolitische Wegweiser, Trecker, Beobachter der Grünen Woche und viele Bündnispartner. Die Vielfalt in Text und Bild auf den Seiten 11-14

Agrarpolitik

EU-Parlamentarier sind im Dschungel der Agrarreform gefordert: Das Greening ist in Gefahr und braucht starke Helden, explodierende Hülsenfrüchtchen sorgen für Kopfschütteln. Neu sind ergänzende Zahlungen für die ersten Hektar auf den Seiten 4-6

Kennzeichnung

Neue Label gibt es im Tierschutz und der Regionalvermarktung. Der Tierschutzbund setzt bei Premium auf Neuland. Aigner erfindet derweil Deutschland über Ländergrenzen hinweg als Region neu. Differenziertere Infos auf den Seiten 16 und 17

Die Seite 3

Handfestes für Milchpreisverhandlungen 3

Agrarpolitik

Mehr Bürokratie und Doppelförderung 4

30 Prozent mehr für die ersten 50 Hektar 5

Leguminosen - Modellregionen sollen uns retten! 6

Milch

Den Storch nicht in der Hand..... 7

Bewegung

Eiweiß und Tierschutz 8

GO M.A.D!..... 8

Tierhaltung

Missachtung natürlicher Grenzen 10

Schwerpunkt

Wir werden hartnäckig bleiben!..... 11

Verbraucher leicht zu verführen 11

Tat oder Wahrheit? 12

Bewegung in Deutschland und Kenia 13

Agrarpolitische Landkarte als Wegweiser 14

Nachbau

Namenlos aufbereiten! 15

Kennzeichnung

Zeichensetzungen 16

Aigner erfindet Regional-Logo 17

Gentechnik

Die Bedrohung von Maja 18

Weitere Themen

Zu Besuch bei Johannes Deventer und Volker Block, Seite 9;
Landleben in der Türkei, Seite 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen,
Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

In einem Flaggenmeer, in dem auch viele selbstgemalte Schilder und Banner mit Schwämmen, erlebte ich nun zum dritten Mal die immer noch beeindruckende Demo in Berlin. Ein aufbauendes Gefühl, als starke, vielfältige Gemeinschaft für die bäuerliche Landwirtschaft einzustehen. Das wurde auch nicht getrübt, als mich Forderungen einiger Mitdemonstranten irritierten, wie z.B. die Tierhaltung gänzlich abzuschaffen.

Erstaunlich viele junge Menschen hatten es satt: Neben Gruppen wie dem Youth Food Movement (junges Slow Food) oder der BUND Jugend zeigten sich auch die jungen Bäuerinnen und Bauern besorgt über die Richtung der GAP-Debatte. Die jAbL chauffierte „Leguminosa“, die Königin des Ackerbaus, die die Schlüsselfunktion von Bohne, Erbse und Co. als Lösung für viele Probleme repräsentiert, durch die Massen. Die Aktionsgruppe gegen Landgrabbing in Ostdeutschland brachte die Problematik des Zugangs zu Land mit zur Demo und auch das junge Bioland hat mit demonstriert. „Bündnis junge Agrarkultur“ stand auf einem



Kommentar

GO
M.A.D.

Flyer – es wird langsam Zeit, sich auch hier stärker zusammenzuschließen.

Allerhöchste Zeit wird es auch, die EU-Abgeordneten an ihre Verpflichtung den Wählerinnen und Wählern gegenüber zu erinnern, bevor sie im März über den agrarpolitischen Rahmen der nächsten sieben Jahre abstimmen. Wenn es darum geht, die Reform wirklich ökologisch, fair und regional zu gestalten, können sie sich leider nicht auf ihre Kollegen im Agrarausschuss verlassen, die nun selbst die zaghaften Vorstöße der EU-Kommission verwässert haben. Es ist zum Verrücktwerden! Aber gerade deswegen startet jetzt im Rahmen der Kampagne „Good food- Good farming“ die Aktion „Go M.A.D.“. Eben nicht um im englischen Sinn mad - verrückt zu werden sondern als Abkürzung: Meet A Deputy – Triff einen Abgeordneten. Ziel ist es, mit allen europäischen EU-Abgeordneten in ihrem Wahlkreis/ihrer Region zu sprechen. Dabei sind nicht die einzelnen Details entscheidend, denn die meisten sind leider keine Agrarexperten. Aber jede*r Einzelne ist gefordert, sich unseren Fragen zu stellen. „Werden Sie für Fruchtfolge und Leguminosen stimmen?“ „Werden Sie Regionalität gegenüber der Exportorientierung stärken?“ „Stimmen Sie für eine Agrarpolitik, die auch kleine Betriebe erhält?“

Noch gestärkt vom Schwung aus der Demo müssen wir die vielen lokalen Initiativen stärken und regionale Bündnisse bilden. Das ist eine große Chance und Herausforderung zugleich. So etabliert das Bündnis bundesweit schon ist – auf Landesebene oder in den Regionen ist die Zusammenarbeit noch nicht überall so eingespielt. Sie ist aber meiner Meinung nach dringend notwendig, wenn die Landesregierungen jetzt anfangen, die Weichen innerhalb der Spielräume zu stellen, die von der EU vorgegeben werden. Diese Spielräume sollten wir gemeinsam nutzen, um lebendige Dörfer und Vielfalt zu erhalten, statt die Intensivierung und Rationalisierung weiter voranzutreiben. Vielversprechende Maßnahmen wie die Förderung von Kooperationen oder Junglandwirten werden die Länder nicht in ihr Programm aufnehmen, wenn wir das nicht entsprechend fordern. Genauso wie die Direktzahlungen müssen auch die Gemeinsame Marktordnung und die Politik in der sogenannten 2. Säule unsere Ernährungssouveränität – also die Unabhängigkeit von der Ernährungsindustrie – stärken. Das passiert aber nicht, wenn wir stillhalten. In meiner bisherigen agrarpolitischen Erfahrung waren meistens die Bäuerinnen und Bauern die treibende Kraft der Bewegung. Wir lassen auch jetzt und in Zukunft nicht locker!

Henrik Maaß, für die junge AbL Mitglied im Bundesvorstand

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft –
Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71,
Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de;
Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21,
E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.
bauernstimme.de; Bankverbindung:
KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel,
Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632;
Postvertriebsstück 1 K 12858E

Handfestes für Milchpreisverhandlungen

Neue Studie liefert Erzeugungskosten als Verhandlungsgrundlage

Was kostet die Milch? Auf diese Frage gibt es ganz frisch konkrete, aktualisierbare und regional vergleichbare Zahlen als Antwort: Für Oktober 2012 ermittelte ein Team von Wissenschaftlern für im Süden Deutschlands wirtschaftende Milchviehbetriebe Erzeugungskosten von 51,03 Cent pro kg Milch - für den Norden 43,06 Cent und für den Osten 45,07 Cent. Demgegenüber steht für die gleiche Zeit ein durchschnittlicher Milchauszahlungspreis der Molkereien von 32 Cent. Dieses nun mit Beträgen unterfütterte Wissen um das Ungleichgewicht zwischen Erzeugungskosten und Auszahlungspreisen ist für Peter Guhl, Vorsitzender der Milcherzeugergemeinschaft (MEG) Milch Board, ein aktiv nutzbares Handwerkszeug: Alle regionalen MEGs könnten diese Zahlen ab sofort in Verhandlungen mit den Molkereien ins Feld führen. Um die Entwicklung der Kosten über längere Zeiträume im Blick zu behalten und sichtbar zu machen, ist zudem ein vierteljährlich aktualisierter Milch-Marker-Index in Vorbereitung.

Repräsentativ und regional

EU-weit soll es nutzbar sein das neue Verfahren zur Berechnung und Hochrechnung der aktuellen Milcherzeugungskosten, welches Dr. Karin Jürgens vom Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft (BAL) gemeinsam mit Prof. Onno Poppinga und Michael Wohlgemuth zunächst für Deutschland entwickelte. Darin sind die Zahlen sowohl regional nach Bundesländern als auch für unterschiedlichen Betriebsgrößen aufgeschlüsselt. Die kalkulatorischen Kosten werden gesondert ausgewiesen. Außerdem ist ein Einkommensansatz für Familienarbeitskräfte enthalten und die staatlichen Beihilfen werden als Einnahmen verbucht. Berücksichtigt wurden so mit den ersten drei Punkten insbesondere Anregungen des Bundeskartellamtes aus dessen Stellungnahme im Verwaltungsverfahren zur Milchmengenbündelung. Als Datengrundlage dienen Zahlen und Informationen der EU aus dem Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungsbetriebe INLB. Die EU Kommission verschafft sich so einen Überblick über die Einkommensverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe. Alle EU-Staaten stellen dafür jährlich einheitlich zusammengestellte Daten zur Verfügung; Deutschland

speist beispielsweise die Buchführungsergebnisse des Testbetriebsnetzes des Bundeslandwirtschaftsministeriums BMELV ein. „Diese Daten sind durch die Erfassung eines sehr hohen Anteils von Betrieben stark repräsentativ, stehen für die einzelnen Bundesländer zur Verfügung und können so die realen, regionalen Verhältnisse auf den Höfen abbilden“ hebt Jürgens für die Wissenschaftler entscheidende Ansprüche an die Berechnungsgrundlage hervor.

Nah an der Realität

Beim Einkommensansatz für selbstständige Betriebsleiter und Familienarbeitskräfte war dem wissenschaftlichen Team um Jürgens ebenfalls an möglichst realistischen Zahlen gelegen. Als Basis für ihren eigenständigen Ansatz ziehen sie Tariflöhne des Landes Sachsen für den Sektor Landwirtschaft heran: Für selbstständige Leiter eines Familienbetriebes wird die Lohngruppe für angestellte Betriebsleiter angerechnet (entspricht 22 Euro pro Stunde) und für Familienarbeitskräfte die Lohngruppe für Angestellte mit einem Jahr Berufstätigkeit (entsprechend 16 Euro pro Stunde). Hinzugerechnet wird der Arbeitnehmeranteil für die Sozialversicherungen und ein im Tarifwesen

üblicher Aufschlag für westdeutsche Regionen. Alle methodischen Anpassungen des im wesentlichen verwendeten EU Berechnungsverfahren haben die AutorInnen in ihrer Studie ausführlich beschrieben und begründet. Im Bezug auf den Umgang mit den staatlichen Beihilfen merkt Poppinga an: „Im EU Verfahren werden die Beihilfen direkt von den Kosten abgezogen – wir haben sie als Einnahmen ausgewiesen. Daran wird aber einmal mehr deutlich, dass es auf politischer Ebene mit diesem Geld vorrangig darum geht, die Produktionskosten für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu senken, um international wettbewerbsfähig zu sein. Das nenne ich Dumping.“

Markt gerecht gestalten

Angesichts der Marktungleichgewichte forderte Bernd Voß, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), im Rahmen der Grünen Woche in Berlin immer wieder entschieden eine „Anpassung der Marktpolitik, um die Überproduktion zu regeln und so endlich relativ einfach und noch dazu für den Staatshaushalt günstig eine wirklich marktgerechte Situation zu schaffen. Durch 10 Cent mehr pro Liter Milch könnte auf den Milchviehbetrieben ein Mehr an

Wertschöpfung im ländlichen Raum von etwa 2,8 Milliarden Euro jährlich erreicht werden! Das entspricht ziemlich genau den Finanzmitteln, die EU, Bund, Land und Kommunen über die ländlichen Entwicklungsprogramme des ELER in sieben Jahren in den ländlichen Raum investieren“. Wenn die Rede von einem gerechten Markt ist, geht es auch um gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle. Bei diesem Stichwort schweift der kritische Blick zu der in den Ergebnissen der Studie offenkundigen Kostenschere von 8 Cent zwischen den doch verschiedenen Regionen Süd, Ost und Nord. Für Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM), liegt hier die Notwendigkeit, Ausgleichsmöglichkeiten zu finden: „Diese Unterschiede müssen wir gezielt auffangen.“ In der Studie wird deutlich, dass die unterschiedlichen Kosten vor allem auf unterschiedlichen Arbeitsaufwand zurückzuführen sind. Da könnte sich das kritische Augenmerk ganz grundsätzlich dahin wenden, was Arbeit erfordert – z.B. Landschafts- und Bodenpflege, Tierbetreuung – und zu kurz kommt, wenn im Wettrennen um den Weltmarkt immer mehr an der Sparschraube Arbeitseffektivität gedreht wird. *cw*



Und 40 Cent sind nicht genug!

Foto: goodfoodgoodfarming

Mehr Bürokratie und Doppelförderung

Agrar-Ausschuss im EU-Parlament rennt in den Ausnahmen-Dschungel und bricht mal eben EU-Recht

Deutsche Bank spekuliert wieder mit Essen

Zeitgleich zur „Wir haben es satt“ Demonstration am 19.1. kündigte Jürgen Fitschen von der Deutschen Bank auf dem Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) an, sein Geldinstitut werde wieder agrarspekulative Geschäfte aufnehmen. Auf Grund massiver öffentlicher Kritik waren dort im letzten Frühjahr börsengehandelte Anlageprodukte auf der Basis von Grundnahrungsmitteln eingestellt worden.

Er sehe aber keine Belege, dass diese für Preissteigerungen oder erhöhte Preisschwankungen verantwortlich seien, so Fitschen. Aus der Wissenschaft stimmte ihm der Wirtschaftsethiker Prof. Ingo Pies zu und wertete eine Studie der zivilgesellschaftlichen Organisation foodwatch als nicht-wissenschaftlichen „Fehlalarm“ ab. Ein eindeutiger Nachweis, dass Finanzspekulationen mit Agrarrohstoffen NICHT die durch „realwirtschaftliche Faktoren“ verursachten Preissteigerungen von Grundnahrungsmitteln verschärfen, fehlt jedoch. Nicht nur von Oppositionspolitikern und Nichtregierungsorganisationen hagelte es Kritik: Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner rügte das Vorhaben als verantwortungslos und forderte einen Trennstrich zu Investitionen, die durch Erhöhung der Produktivität hilfreich seien, bei der Hungerbekämpfung. Die Entwicklungsorganisation Oxfam forderte die Deutsche Bank dazu auf, ihre Gewinne aus dem entsprechenden Geschäftsbereich offenzulegen. **cv**

Sie werden schon wissen, was sie da tun und für wen sie da kämpfen. Die Abgeordneten des Landwirtschafts-Ausschusses im vom Volk gewählten Europäischen Parlament. Am 23. und 24. Februar haben sie über die rund 8.000 einzelnen Änderungsanträge zu den Reform-Vorschlägen der EU-Kommission für die EU-Agrarpolitik abgestimmt. Das Greening – also die Bindung von mindestens 30 Prozent der Direktzahlungen an die Einhaltung von Umweltstandards – ist zwar als Korsett bestätigt, aber in der Sache und Wirksamkeit erheblich abgeschwächt worden. Dabei waren schon die Vorschläge der EU-Kommission zum Teil sehr zaghaft, etwa bezüglich der Fruchtfolge. Was richtig zur Blüte kommt, wenn denn die Ausschuss-Beschlüsse am Ende vom gesamten Plenum und vom Rat angenommen werden, ist die Bürokratie. Es bleibt zwar generell bei den drei Umweltstandards Fruchtarten „viel“falt, Dauergrünlanderhalt und Nachweis ökologischer Vorrangflächen. Aber Betriebe bzw. Betriebseinheiten, die an irgendwelchen Agrarumweltmaßnahmen oder privatrechtlichen Umweltzertifizierungsmaßnahmen teilnehmen, gelten automatisch als „gegreent“. Ebenso solche Betriebseinheiten, die in Natura 2000-Gebieten liegen, auch wenn dort keinerlei besondere Auflagen gelten. Zu den Agrarumweltmaßnahmen können z.B. auch pfluglose Mulchsaatverfahren zählen, bei denen der Einsatz von Round-up (Glyphosat) die Regel ist. Damit nicht genug: Die Ausschuss-

Mehrheit hat zudem beschlossen, dass diejenigen Agrarumweltmaßnahmen, die zum Nachweis der Greening-Anforderungen für 30 Prozent der Direktzahlungen herangezogen werden sollen und so schon mit diesen Direktzahlungen vergütet werden, auch weiterhin zusätzlich noch über die 2. Säule der Agrarpolitik (Ländliche Entwicklung) gefördert werden. Doppelförderung ist das, sie ist im EU-Recht generell verboten, nicht nur in der Agrarpolitik. Betriebe, deren Flächen zu mehr als 75 Prozent Grünland oder Ackergras sind, und darüber hinaus für höchstens 50 ha Ackerland Direktzahlungen beantragen, sind von den Anforderungen zur Fruchtfolge und ökologischen Vorrangflächen befreit. Betriebe mit 10 bis 30 ha Ackerland müssen nur mindestens zwei verschiedene Kulturpflanzen anbauen, von denen eine 80 Prozent des Ackerlands einnehmen darf. Betriebe mit über 30 ha Ackerland müssen mindestens drei Kulturen anbauen, wovon eine 75 Prozent des Ackerlands ausmachen darf, aber nur, wenn zwei Hauptkulturen zusammen nicht mehr als 95 Prozent des Ackerlands des Betriebs ausmachen.

Die Betriebe müssen im ersten Jahr (wohl 2015) drei Prozent ihrer Nicht-Grünlandflächen als ökologische Vorrangflächen nutzen. Im Jahr 2016 steigt der Satz auf fünf Prozent, wovon dann (also ab 2016) drei Prozent auf regionaler Ebene umgesetzt werden können, wenn der betreffende Mitgliedstaat das so beschließt. Im Jahr 2017 soll die Kommission Bericht erstatten und

dann gegebenenfalls vorschlagen, den Satz auf sieben Prozent anzuheben. Die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit bekommen, die ökologischen Vorrangflächen nach ihrer jeweiligen ökologischen Bedeutung zu gewichten. Und so weiter.

Weiteres Verfahren

Nicht auszuschließen, dass hinter all dem Verkomplizieren und Ausnahmen-Zaubern die Absicht steckt, den Ansatz des Greenings insgesamt und gründlich in Misskredit zu bringen.

Ob das Kalkül aufgeht, wird sich im weiteren Verfahren zeigen. Was der Ausschuss beschlossen hat, ist lediglich die Vorlage für das Verhandlungsmandat des EU-Parlaments. Darüber beschließt das (gesamte) Plenum des EU-Parlaments, also alle Europa-Abgeordneten und nicht nur die Agrarier. Angesetzt ist die Abstimmung im Plenum für den 12./13. März 2013, vorausgesetzt es gibt vorher – etwa beim EU-Gipfel am 7./8. Februar – eine Einigung zum EU-Haushalt der Jahre 2014-2020.

Die Abstimmung im EU-Parlament ist europaweit Ansatzpunkt für die verschiedenen Interessen, nochmals Einfluss auf die Abgeordneten zu nehmen. AbL und junge AbL rufen alle BürgerInnen und Bürger auf, ihre EU-Abgeordneten anzurufen, anzuschreiben oder zu treffen, um sich mit ihnen über eine zukunfts- und gesellschaftsfähige Agrarpolitik zu unterhalten. Das Thema verdient öffentliche Aufmerksamkeit. **uj**



Die Bevölkerung hat längst verstanden worum es bei der GAP geht.

Foto: Jasper

30 Prozent mehr für die ersten 50 Hektar

Agrarausschuss des EU-Parlaments stimmt für neues Instrument zur Umverteilung von Direktzahlungen

Ein neuer Vorschlag findet nun Eingang in die Verhandlungen zur Reform der EU-Agrarpolitik. Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat mehrheitlich einem Änderungsantrag zugestimmt, der einen Aufschlag auf die Direktzahlungen für bis zu 50 ha je Betrieb vorsieht. Finanziert werden soll diese „ergänzende Zahlung für die ersten Hektarflächen“ aus der Summe an Direktzahlungen, die dem betreffenden Mitgliedstaat insgesamt zu steht. Damit bewirkt das Instrument eine Umverteilung von Direktzahlungen zwischen den Betrieben eines Mitgliedstaats, und zwar von den flächenstarken Betrieben zu den kleineren und mittleren Betrieben. Die Regelung soll nicht verpflichtend in der ganzen EU eingeführt werden, sondern jeder einzelne Mitgliedstaat soll im ersten Anwendungsjahr der Reform-Beschlüsse selbst beschließen, ob er diese Regelung einführt.

Im einzelnen sieht der Ausschuss-Beschluss vor, dass der Mitgliedstaat jeweils selbst festlegt, für wie viel Hektar je Betrieb der Aufschlag maximal gezahlt werden soll. 50 ha sind als maximale Hektarzahl im Beschluss genannt, es könnten aber auch z.B. 20 ha sein, wie es der AbL-Bundesvorstand fordert. Zweitens muss der Mitgliedstaat festlegen, wie viel Geld er aus dem ihm von der EU zugestandenem Topf an EU-Direktzahlungen für diesen Aufschlag einsetzen will. Hier nennt der Ausschuss-Beschluss maximal 30 Prozent des Topfes. Beispiel Deutschland

Bei den rund 5,2 Milliarden Euro, die der Ausschuss in den nächsten Jahren Deutschland an Direktzahlungen zur Verfügung stellen will, entsprechen 30 Prozent insgesamt 1,56 Mrd. Euro.

In Deutschland haben von den knapp 300.000 in der Statistik geführten landwirtschaftlichen Betrieben 72 Prozent höchstens 50 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Diese 213.000 Betriebe bewirtschaften zusammen 23 Prozent der deutschen Nutzfläche. Aber nicht nur diese Betriebe würden den Aufschlag für ihre maximal 50 ha Flächen bekommen, sondern auch alle größeren Betriebe für ihre „ersten“ 50 ha. Insgesamt würde somit etwa die Hälfte der gesamten Nutzfläche in Deutschland den Aufschlag erhalten. Um das zu finanzieren, würden die Direktzahlungen für die andere Hälfte der Nutzfläche natürlich sinken. Ohne Aufschlagsregelung liegt die Direktzahlung in Deutschland für jeden Hektar (im Durchschnitt aller Bundesländer) bei rund 311 Euro (Basisprämien und Greening zusammen). Wenn Deutschland den Aufschlag einführen würde und dafür 30 Prozent der Zahlungen nutzt und den Aufschlag für bis

zu 50 ha je Betrieb gewährt, dann würden für bis zu 50 ha je Betrieb rund 410 Euro gezahlt und für die Flächen, die ein Betrieb über 50 ha hinaus bewirtschaftet, nur noch rund 218 Euro. Anders ausgedrückt: Betriebe mit bis zu 50 ha gewinnen gut 30 Prozent Direktzahlungen. Der Zugewinn für den Gesamtbetrieb reduziert sich mit zunehmender Betriebsgröße: bei 100 ha gibt es keinen Zugewinn mehr, und Betriebe mit über 100 ha verlieren. Ein 1.000 ha-Betrieb verliert z.B. 27 Prozent, ein 10.000 ha-Betrieb verliert fast 30 Prozent.

Zielsetzung

Zur Begründung der vorgeschlagenen Neuregelung steht im Beschluss des Ausschusses, dass damit „der Vielfalt der Betriebe im Hinblick auf deren wirtschaftliche Größe, die Wahl ihrer Erzeugnisse und Beschäftigungslage besser Rechnung“ getragen werden soll.

Der Vorschlag wird auch vom französischen Agrarminister Stephan Le Foll stark gepusht. Er will mit dem Aufschlag Kürzungen bei Mutterkuhhaltern, Rindermästern und auch Milchviehbetrieben ver-

meiden. Diese Kürzungen werden als Folge der Umstellung von den in Frankreich heute noch gekoppelt gezahlten Rinderprämien hin zu regional einheitlichen Zahlungsansprüchen je Hektar befürchtet. Zudem profitieren die in der Regel größeren Ackerbaubetriebe von gestiegenen Marktpreisen für Ackerfrüchte, während diese gestiegenen Getreide- und Futterpreise den Tierhaltern als höhere Kosten auf die Füße fallen. Die vorgeschlagene Regelung soll hier einen gewissen Ausgleich schaffen.

Ausschuss für Obergrenze

Eine Mehrheit im Ausschuss des EU-Parlaments stimmte für den Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung einer betrieblichen Ober- bzw. Kappungsgrenze bei 300.000 Euro Basisprämie und der vorgeschalteten gestaffelten Kürzung zwischen 150.000 und 300.000 Euro, wobei die tatsächlichen Lohnkosten des Betriebes vorher abgezogen werden. Allerdings sollen Betriebe von Genossenschaften und anderen juristischen Personen von den Grenzen ausgenommen bleiben, so der Ausschuss. *uj*



Blicken in die gleiche Richtung: Frankreichs Landwirtschaftsminister Le Foll und der Bundesvorsitzende der AbL, Bernd Voss. Foto: Jasper

Frankreichs Agrarminister unterstützt GA

Vertreter der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ trafen am 21.1. Frankreichs Landwirtschaftsminister Stephan Le Foll zu einem zweistündigen Gespräch in Berlin. Bernd Voß, Bundesvorsitzender der AbL freute sich über die Reformbereitschaft in wesentlichen Punkten der EU-Agrarpolitik. „Anders als Berlin unterstützt die französische Regierung die Vorschläge der EU-Kommission für das Greening der Direktzahlungen.“ Dem Agrarland Frankreich liegt viel an einem starken, gesellschaftlich akzeptierten EU Agrarbudget und ist bereit, dafür die Auszahlungen flächendeckend an ökologisch positiv wirkende Leistungen der Bauern zu binden. Außerdem erklärte Le Foll, an weitergehenden Modellen zu arbeiten, um mehr Wettbewerbsgerechtigkeit zwischen den Betrieben zu erreichen. Marktregeln wurden insbesondere für den Milchmarkt angesprochen. Der französische Minister ließ erkennen, dass er molkereübergreifende Regelungen für notwendig hält, um die Marktposition der Milchbauern gegenüber den Molkekonzernen zu stärken. *cw*

Forderung nach Kurswechsel bei Flächenvergabe

Am 30. Januar fand in Berlin das jährliche Bundesländer-Gespräch zur Arbeit der Bodenverwertungsgesellschaft (BVVG) statt. Diese verpachtet und verkauft im Auftrag des Bundes ehemalige DDR-Ackerflächen und erntet wegen ihrer Vergabepolitik zu Gunsten großstrukturierter Betriebe häufig Kritik. Die Sprecherin für Ländliche Entwicklung der Bundestagsfraktion der Grünen, Cornelia Behm, forderte einen Kurswechsel in der Privatisierungspolitik. Konkrete Vorstellungen dazu: eine Kaufhöchstgrenze von 250 ha je Betrieb, eine Obergrenze von 100 ha für den Direkterwerb durch Pächter ohne Ausschreibung, ein zweistufiges Ausschreibungsverfahren mit Vorrang für ortsansässige, arbeitsintensive Betriebe, ein Flächenpool für Junglandwirte und Existenzgründer und reservierte Flächen für den begünstigten Alteilgütererwerb. Bei einer Absenkung der Verkaufslosgrößen wäre sogar der Agrarminister Sachsen-Anhalts, Hermann Onko Aeikens von der CDU mit im Boot: er könne sich nach dpa Meldung vorstellen, dass nur noch kleinere Lose bis zehn Hektar verkauft werden dürfen. Um den Zeitdruck zu entschärfen, schlugen die Grünen zudem die Ausdehnung der Flächenverkäufe über das bisher als Ziel gesetzte Jahr 2025 vor. *cw*

Leguminosen – Modellregionen sollen uns retten!

Gleichzeitig behindert BMELV Maßnahmen zur Ausdehnung in der Fläche

Die häufig erwähnte, ja für viele Vertreter der Landwirtschaft und ihrer vor- und nachgelagerten Bereiche eher als Drohung verstandene Eiweißpflanzenstrategie des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, BMELV, bahnt sich ihren Weg in die Praxis. Mit Veröffentlichung im Bundesanzeiger vom 12. Dezember 2012 ist es nun amtlich. Die Bekanntmachung für die „Durchführung modellhafter Demonstrationsnetzwerke sowie von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Ausweitung des Soja- und Lupinenanbaus und deren Verwertungsmöglichkeiten“ ist raus. Die Ausschreibung für Ackerbohne und Erbse ist für diesen März geplant. Es war ein langer, steiniger Weg bis zu dieser Veröffentlichung. Angefangen mit einem extra eingerichteten Fachforum Leguminosen der in 2010 gegründeten Agrarforschungsallianz DAFA, über eine Fachtagung im Sommer 2011 in Braunschweig mit verheißungsvollen Ansagen, dass die Eiweißpflanzenstrategie im Frühjahr/ Sommer 2012 den Weg in die Praxis finden würde. Es folgte statt Verkündigung eine weitere Veranstaltung in Berlin, um noch mal die inhaltliche Substanz der Leguminosenbefürworter zu testen. Diese sehr gut besuchte Veranstaltung, auf der unter anderem der ehemalige AbL-Bundesvorsitzende Graefe zu Baringdorf vehement für eine

agrarpolitische Veränderung mit den Leguminosen als zentralem Element stritt, zeigte, dass Substanz vorhanden war. Das Ministerium konnte nicht mehr zurück und lotete durch ein weiteres Statusseminar zur Eiweißpflanzenstrategie im Oktober 2012 die Bereitschaft der Bundesländer aus, sich an dieser finanziell zu beteiligen. Nun endlich die Bekanntmachung der Ausschreibung im Dezember letzten Jahres. Für Alterfahrene war dieser Ablauf möglicherweise ein bekanntes Procedere, für Menschen mit Tatendrang wirkte es dann wie die Explosion eines aufgeblähten Hülsenfrüchtchens.

Modellhafte Demonstrationsnetzwerke

Aber was bedeutet diese Ausschreibung nun und was kann man von ihr erwarten? Gestartet wird mit den modellhaften Demonstrationsvorhaben für Soja und Lupine. Die Schwerpunkte werden klimatisch und bodenbedingt für Soja im Süden und für die Lupine im Norden der Republik sein. Bundesländer, in denen diese Arten auch anbauwürdig sind, oder wo es die berechtigte Hoffnung gibt, dass sie es werden könnten, werden aber nicht außen vor sein, so dass auch hier Betriebe teilnehmen können. Momentan ist alles noch in der Planungs- und Antragsphase. Für Bauern und Bäuerinnen und Akteure der

Weiterverarbeitung, die noch nicht organisiert sind, macht es sicherlich Sinn sich nach den jeweiligen Ansprechpartnern bei den Landwirtschaftskammern zu erkundigen, oder im Projektbüro der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft nachzufragen. Aber was kann die Praxis von diesen modellhaften Demonstrationsnetzwerken erwarten? Für den interessierten Leguminosenanbauer kann es eine fachliche Unterstützung bedeuten, denn angedacht ist es, die Beratungsaktivitäten für die Körnerleguminosen zu stärken. Die in den letzten Jahren schwach aufgestellten Landessortenversuche im Körnerleguminosenbereich könnten ein wenig üppiger ausfallen, und den ein oder anderen Feldtag mehr, mit der speziellen Thematik zu den jeweiligen Körnerleguminosen, wird es auch geben. Was die gesamte Wertschöpfungskette angeht, darf man gespannt sein, inwieweit Unternehmen der Weiterverarbeitung mit eingebunden werden. Denn eins wird mehr als deutlich, die Körnerleguminosen müssen sich am Markt behaupten. Aus der Agrarpolitik des BMELV bezüglich der EU-Agrarreform werden sie mutmaßlicherweise eher Gegenwind ernten.

Das gespaltene BMELV

Dass Frau Aigner den AbL-Vorschlag 30 Prozent der Direktzahlungen an den Anbau von mindestens 20 Prozent Leguminosen/-Gemenge und maximal 50 Prozent einer Art in der Fruchtfolge zu binden ablehnt, stößt nicht auf größere Verwunderung. Dass aber das BMELV sich gegen ein Mindestmaß an Greening stellt, das heißt unter anderem bei den ökologischen Vorrangflächen (wo die Leguminosen als Pflanzen diskutiert werden, die kein N-Dünger brauchen und keine Pflanzenschutzmittelmaßnahme stattfindet), statt den sieben Prozent des Kommissionsvorschlags nur 3,5 Prozent fordert, ist möglicherweise politischer Alltag, aber im Grunde nichts anderes als eine Frechheit. Eiweißpflanzenstrategien vor laufenden Kameras ausrufen und die mögliche Ausdehnung in der Fläche bei agrarpolitischen Entscheidungen verhindern, wirkt nun alles andere als schlüssig. Aber selbst darüber kann man sich schon fast nicht mehr wundern, verärgern sollte es einen schon noch. Der nächste Schritt, aus der Verärgerung etwas Produktives zu machen, ist das Einmischen. Noch ist es nicht zu spät! Ihre Europaabgeordnete oder ihr Europaabgeordneter freut sich bestimmt über einen Besuch.

Die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, der Biodiversität und das Klima werden es Ihnen danken. Hoch lebe die Königin des Ackerbaus!

*Christoph Dahlmann
Vom Acker in den Futtertrog*

Kein Geschäft mit dem Kampf gegen Hunger

Zum Auftakt der Grünen Woche bringen MISEREOR und das Forum Umwelt und Entwicklung die neue Studie heraus mit dem Titel: „Business Case – Hungerbekämpfung. Der fragwürdige Beitrag von Agribusiness und Nahrungsmittelindustrie zur Ernährungssicherheit“. Die Studie untersucht die Risiken und die Reichweite sogenannter „inklusive Geschäftsmodelle“, mit der Agrar- und Lebensmittelkonzerne Kleinbauern in ihre Wertschöpfungsketten integrieren. Diese Modelle beinhalten aufgrund ungleicher Verhandlungsmacht hohe Kosten und Risiken für die Bauern. Zum Agribusiness zählen laut der Studie Unternehmen, die Saatgut, Pflanzenschutzmittel, Kunstdünger, etc. produzieren. Denen wird mit staatlicher Unterstützung der Weg für Investitionen in armen Ländern bereitet. „Es ist beunruhigend, wenn auch die deutsche Bundesregierung Agribusiness mit Hungerbekämpfung gleichsetzt und die Agrar- und Lebensmittelkonzerne unterstützt“, sagt der Autor Benjamin Luig von MISEREOR. Aktuelle Studie: www.forumue.de. *bet*



Musste sich warm anziehen: Die Königin der Leguminosen!

Foto: Jasper

Den Storch nicht in der Hand

Regionales Biomilchprojekt im Wendland gibt auf

Niemals aufgeben“ ist das Motto der bäuerlichen Notgemeinschaft, einem Herzstück der Anti-Atombewegung im niedersächsischen Wendland. Ihr Symbol ist der Frosch, der dem Storch noch während er in dessen Schnabel steckt, den Hals zudrückt. Frosch und Storch stehen aber auch für das Wendland mit seinen Elbtalauen, Weiden und Wiesen und dünnbesiedelter Natur. Kein Wunder also, dass es vor bald zwanzig Jahren der Storch als Markenzeichen auf die Milchpackung einer regional erzeugten und in der Region vermarkteten Biomilch schaffte, und die Storchenmilch im Dreieck zwischen Lüneburg, Uelzen und Dannenberg fast jeder (auch der nicht klassische Bio-Kunde wenigstens von der Optik her) kannte. Nun musste die Storchenmilch aufgeben, man zog die Reißleine, bevor man in absehbarer Zeit hätte Insolvenz anmelden müssen. Es war ein Vorzeigeprojekt der Regionalentwicklung: ein Dutzend Biobauern nehmen die Verarbeitung und Vermarktung der von ihnen erzeugten Milch in die eigene Hand, aus der Region für die Region. Gescheitert ist die Genossenschaft daran, dass sie das Ganze nur auf den ersten Blick ganz in der eigenen Hand hatten, so resümiert Biobauer und Storchenmilch-Geschäftsführer Heinrich Pothmer. Ursprünglich hatte man die Milch in der örtlichen Genossenschaftsmolkerei in Lüchow neben der dort angelieferten konventionellen Milch aus der Gegend abfüllen und verarbeiten lassen. Schon das beschreibt Pothmer nicht als optimal, da man kaum Einfluss auf die Produkte oder die Produktion hatte nehmen können. Aber es war, so Pothmer, „authentisch“ klein und vor Ort, außerdem erhielt man den Produktionsstandort der Uelzenmolkerei aus Uelzen mit. Als von dort schließlich der Druck zu groß wurde, machte der Betrieb zu, die Storchenmilch musste auf die Reise.

Weit weg

Nach einer Produktionspause arbeitete man nun mit deutlich weiter entfernten Molkereien in Schleswig-Holstein und im Bremer Umland zusammen. „Da gab es schon kritische Nachfragen der Kunden“ sagt Pothmer im Hinblick auf die Regionalität. Nichtsde-

strotz blieb die Vermarktung in den Supermärkten und Bioläden der Region stabil. Zwei Familien, die mehrere Supermärkte in Lüneburg betreiben und in dreien allein über 80.000 Liter Milch im Jahr verkauften, standen immer hinter dem Projekt. Zwar schrumpfte die bäuerliche Basis durch Betriebsaufgaben und Umstrukturierungen auf vier Höfe im letzten Jahr, durch gezielte Kundenaufgabe gelang aber noch mal ein Umsatzzuwachs von 26%. Nur stiegen die Ausgaben auch, die langen Transporte, der sinkende Milchpreis – die Kosten waren nicht mehr zu decken. Hinzu kam der in den entfernten Produktionsstandorten noch geringere Einfluss auf die Produkte, Kundenwünsche vor Ort konnte man kaum erfüllen, lediglich in die Ferne weitergeben und hoffen. „Wir wollten es selbst in die Hand nehmen“, sagt Pothmer, „damals als Karl-Heinz Funke in Niedersachsen Landwirtschaftsminister war, haben wir nach Fördermitteln für den Aufbau einer bäuerlichen Molkerei hier vor Ort angefragt.“ Der Antrag wurde damals Mitte der 90er Jahre mit der Begründung abgelehnt, es gebe genug Molkereien, eher noch zu viele. Berater aus dem Molkereifachverband ließen verlauten, das sei gesellschaftlich nicht gewünscht. Der Versuch, der Biomarke „Hamfelder Hof“ den einen neueren Produktionsstandort der Storchenmilch in Trittau zu übernehmen, scheiterte am Engagement des konventionellen Eigners Hansa Milch Upahl bzw. an den Interventionen des schon dahinter stehenden ARLA -Molkereikonzerns. Stattdessen ist in Trittau die Anlage nun stillgelegt. Die eingeführte Marke „Hamfelder Hof“ wird auch durch die Bioschiene der nordfriesischen Molkerei in Witzwort bedient. Hier gibt es zumindest Pläne, die Verarbeitung wieder in die Gegend um Hamfelde und Trittau, also östlich von Hamburg zurückzuholen. Ob es irgendwann auch wieder eine Milch mit dem Storch aus dem Wendland für das Wendland und die Region südöstlich von Hamburg gibt, steht in den Sternen. „Wir lassen erst einmal alles ruhen, lösen die Genossenschaft nicht auf“, sagt Heinrich Pothmer, „es fällt uns sehr schwer, den Storch zu schlachten.“ *cs*

Prämie für Überschuss-Vermeidung

Im Falle „schwerer Ungleichgewichte auf dem Markt für Milch und Milcherzeugnisse“ soll die EU-Kommission in Zukunft die Zahlung einer Beihilfe beschließen können, die an solche Milchviehbetriebe gezahlt wird, die ihre Milchlieferung für mindestens drei Monate lang um mindestens fünf Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum reduzieren. Diesen Änderungsantrag zur EU-Agrarreform hat der Agrarausschuss des EU-Parlaments am 23. Februar angenommen. Gleichzeitig soll die Kommission von denjenigen Betrieben, die ihre Milchlieferung im gleichen Zeitraum um mindestens fünf Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausgedehnt haben, eine Abgabe erheben. Die Abgabe soll offenbar die Beihilfe finanzieren. Bei der Anwendung dieser Maßnahme soll die Kommission der Entwicklung der Produktionskosten, insbesondere der Betriebsmittelkosten (wie Futter, Energie) Rechnung tragen, so der Antrag. *BDM und AbL hatten sich vor der Abstimmung für den Antrag ausgesprochen. uj*

Kurzes am Rande

Milchbauern-Kritik an Arla

Der dänische Milcherzeugerverband LDM hat laut Boerderij deutliche Kritik an der Strategie des Milchkonzerns Arla geübt. Während Arla im Ausland expandiert, stünden die dänischen Milchbauern unter starkem wirtschaftlichem Druck. LDM-Vorsitzender Kjartan Poulsen forderte höhere Erzeugerpreise und kritisierte die Orientierung auf den Weltmarktpreis. *en*

Fehlende Bio-Rinder

Wie die Zeitung BWagrar berichtet, sucht die Lebensmittelkette Feneberg („Von hier“, „Prima Rind“) mit Sitz in Kempten pro Jahr 1000 bis 2000 weitere Rinder, am besten Biorinder. Der Bedarf an Premium-Rindfleisch, insbesondere aus der Kreuzung Allgäuer Braunvieh x Blonde Aquitaine, sei noch lange nicht gedeckt. Die Gründe für das fehlende Einsteigen in die Feneberg-Verträge, die zumeist 30 Cent über der Marktnotierung liegen, sieht Berater Ernst Wirthensohn nicht nur in den hohen Pachtpreisen und der Flächenknappheit, sondern auch an speziellen Gegebenheiten in der Öko-Branche: Öko-Kälber für das Programm „Nur hier“ (mit derzeit 85 Betrieben) seien trotz der hohen Nachfrage nur schwer zu bekommen. Viele Biobetriebe verkauften ihre Kälber bereits nach zwei bis drei Wochen in die Intensiv-Bullenmast nach Italien, Norddeutschland und Holland. Diese Kälber könnten viele heimische Mutterkuhhalter auch deshalb nicht kaufen, weil sie selber keine Milch hätten und Milchaustauscher im Biobereich verboten seien. So könnten diese Öko-Kälber erst im Alter von drei Monaten gehandelt werden – aber dafür gebe es noch keine Handelsklasse. Die Kälber-Erzeugergemeinschaft Allgäu, über die das konventionelle Markenfleisch-Programm „Prima Rind“ mit bisher 2000 Tieren pro Jahr läuft, sieht die Gasthöfe des regionalen Netzwerks „Land-Zunge“ als weitere Abnehmer. *en*

Wettbewerbsnachteile

Die durchschnittlichen Betriebsgrößen in der Milchviehhaltung steigen weltweit in allen Regionen an, aber Regionen mit geringeren Bestandsgrößen haben sich oft besser im Wettbewerb behauptet als Regionen mit großbetrieblicher Milchproduktion. Das stellte laut top agrar online kürzlich Prof. Folkhard Isermeyer, Präsident des Thünen-Instituts, auf der 7. Göttinger Fachtagung Milchwirtschaft fest. Als Hauptgrund hierfür nannte er, dass in den Hochburgen der Milchwirtschaft ein starker zwischenbetrieblicher Wettbewerb stattfände. Beim Ausscheiden einzelner Höfe würden die übrigen Betriebe die Produktionsanteile übernehmen und durch dieses Wachstum ihre Produktionskosten senken. Das ständige Wachstum der Betriebsgrößen und der Milchleistungen könne sich aber negativ auf das gesellschaftliche Image der Milchviehhaltung auswirken, mahnte Isermeyer laut aid-infodienst. *pm*

Lobbyismus für Nestlé, Mars und Coca Cola

Bei einem Besuch der Nordzucker forderte Bundeswirtschaftsminister Phillip Rösler ein „möglichst frühes Auslaufen der Zuckermarktordnung“. Die AbL kritisierte den FDP-Politiker deshalb als „Quasi-Vertreter der Interessen von Konzernen wie Nestlé, Mars und Coca Cola“, die an Billigzucker interessiert seien. Das gehe zu Lasten der Rübenbauern, der Beschäftigten in den Zuckerfabriken und auch der Zuckerproduzenten in den armen Ländern. Die AbL forderte die Verantwortlichen in der EU auf, die Zuckermarktordnung nicht zu beenden, sondern so zu gestalten, dass es für begrenzte Mengen faire Preise für die Rüben der hiesigen Landwirte gebe. Von guten Zuckerpreisen in der EU könnten dann auch – über eine begrenzte Importmenge fair erzeugten Zuckers – die Zuckerproduzenten der ärmsten Entwicklungsländer profitieren. Die Novellierung der Zuckermarktordnung 2006 habe den Rübenbauern bereits flächendeckend erhebliche Preissenkungen gebracht. Die Forderung der Neoliberalen nach dem Ende dieser Marktregelung und ruinösen Billigpreisen nütze weder den heimischen Bauern noch denen in den armen Ländern, sondern allein den Zuckerverwendern und den globalen Ex- und Import-Geschäften der Zuckerhandelskonzerne. *en*

Ex-Bischof Huber für Kleinbauern

Prof. Dr. Wolfgang Huber, ehemaliger Bischof der Evangelischen Kirche und Mitglied des Deutschen Ethikrats, hat in Sachen Nachhaltigkeit und Welternährung ganzheitliche Lösungsansätze gefordert. Beim 9. Ernährungssymposium der Heinz-Lohmann-Stiftung in Hamburg setzte er den agrarindustriellen Ansätzen des Göttinger Agrarökonomie-Professors Quaim die Kritik an protektionistischen Maßnahmen der reichen Länder, an undemokratischen Systemen und an der Machtballung bei wenigen Agrarkonzernen entgegen. Dies schwäche die Handlungsfähigkeit der ländlichen Bevölkerung: Etwa die Hälfte der Hungernden seien Kleinbauern, ein knappes Viertel Landlose, der Frauenanteil sei hoch. Er forderte eine ökologisch und damit lokal angepasste Landwirtschaft durch die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft mit mehr Bildung oder Zugang zu Wasser. Um die wachsende städtische Bevölkerung zu ernähren, müsse auch das Wachstum der kleinbäuerlichen Wirtschaften gefördert werden, aber ohne massiven Ressourcenverbrauch. *en*

Neues Bündnis „Agrarzukunft Hessen“

Mitte Januar ging das neue hessische Agrarbündnis mit einem Positionspapier an die Öffentlichkeit. Beteiligt sind die Vereinigung Ökologischer Landbau in Hessen (VÖL), die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Hessen (AbL), der Bund Umwelt und Naturschutz Hessen (BUND), die Bürger AG Frankfurt und die Hessische Gesellschaft für Ornithologie (HGON). Sie kritisieren den Ende 2012 geschlossenen „Zukunftspakt Landwirtschaft“ der Landesregierung mit dem Hessischen Bauernverband, unter Ausschluss anderer gesellschaftspolitischer Gruppen. Statt notwendiger Unterstützung besonders stark benachteiligter Bergregionen in Hessen richte sich der Fokus so auf weitgehende Zugeständnisse für die Fortführung und den Ausbau der Stallbauförderung. *cw*

Un- und Dummwort: „Moderne Tierhaltung“

Bei der Wahl des Unworts des Jahres 2012 kam das von der Agrarindustrie-Lobby zur Schönfärbung der Massentierhaltung geprägte Wort „Moderne Tierhaltung“ auf den dritten Platz. Zuvor war „Moderne Tierhaltung“ bei einer Online-Umfrage des dlz-magazins bereits zum „Dummwort des Jahres“ gekürt worden. *en*

Elbvertiefung vorerst gestoppt

Die geplante Ausbaggerung der Elb-Fahrrinne zwischen der Nordsee und dem Hamburger Hafen ist nach einem Eilantrag von NABU und BUND vorerst durch das Bundesverwaltungsgericht gestoppt worden. Die Umweltverbände und ein regionales Bündnis hatten schon lange darauf hingewiesen, dass Umweltauswirkungen nicht beachtet wurden – so die Beeinträchtigung von Schutzgebieten, des Sauerstoffgehalts in der Elbe und des einzigartigen Lebensraums in der Salz- und Süßwasser-Mischzone. Gemeinden und Städte fürchten um die Deichsicherheit und warnen vor einer Verstärkung der Strömung und vor Problemen ihrer eigenen Häfen. Die Obstbauern im Alten Land sorgen sich, dass ihnen künftig das existenziell notwendige Süßwasser für ihre Frostschutz-Beregungen abgegraben wird. Viele sind enttäuscht von der niedersächsischen Landesregierung, die ihren angekündigten Widerstand gegen die Elbvertiefung rasch aufgegeben habe und den Obstbauern stattdessen den Bau von Süßwasser-Speicherbecken versprach. Die Elbvertiefungsgegner halten die Gründe der Befürworter für nicht stichhaltig: Nur wenige Containerschiffe bräuchten einen tideunabhängigen Hamburg-Zugang rund um die Uhr, zumal neue Schiffe wegen der Schiffsstatik eher breiter und länger statt tiefer gebaut würden. Auch der neue Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven entziehe dem 400-Millionen-Projekt mit seinen jährlich 100 Millionen Unterhaltungs-Baggereien die volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Der Unternehmensverband Hafen Hamburg reagierte mit der verblichenen Forderung, den Umweltverbänden die Fördermittel zu streichen. *en*

Kurzes am Rande

Eiweiß und Tierschutz

Ministergespräch der AbL-NRW

Zum Jahresbeginn gab es für den AbL-Landesvorstand NRW gleich einen besonders wichtigen Termin. Das Treffen mit dem grünen Landwirtschaftsminister Johannes Rimmel im MKULNV (Ministerium für Klima, Umwelt, Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucher) sowie dem parlamentarischen Staatssekretär Horst Becker, wurde dazu genutzt, die Vorstellungen des Landesverbandes zur Landwirtschaftspolitik in NRW deutlich zu machen. Die Landesregierung hat bereits gemäß eines Landtagsbeschlusses an verschiedenen Stellen gehandelt, doch im Bereich der Versuchsbetriebe der Landwirtschaftskammer, geht es nach AbL-Meinung noch nicht weit genug. Dort soll die Fütterung komplett auf gentechnikfreie Futter umgestellt werden, so die Forderung. Lösungswege für eine andere Eiweißversorgung zeigt dafür gerade das AbL-Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ zu heimischen Leguminosen auf. Dazu soll die Fütterung in den Versuchsbetrieben für die Landwirte in der Breite die wissenschaftliche Basis liefern. Der notwendige landwirtschaftliche Beitrag zum Klimaschutzplan

NRW, der gerade auch unter Mitwirkung der AbL erarbeitet wird, könne ihrer Meinung nach auch z.T. durch diese Strategie geleistet werden: Reduzierung von Lachgas durch das Einsparen von Mineral-N sowie Schutz des Regenwaldes durch weniger Soja-Import. Die Eiweißversorgung der Milchkühe erhält man auch durch Weidehaltung. Wichtig ist deshalb ebenfalls die Gestaltung der Förderung im ländlichen Raum, wo neue Leitplanken eingeschlagen werden müssen. Dafür soll die neue Stallbauförderung (AFP) Weidehaltung als ein Kriterium fürs stark unterstützte, besonders tiergerechte Bauen berücksichtigen. Viele wissenschaftliche Untersuchungen unterstützen diese Forderung der AbL. Letztlich müssen Konzepte her, wie zukünftig Ställe aussehen müssen, um den Tierschutzkriterien aller Tierarten gerecht zu werden, damit die Landwirte beim Bauen nicht in eine Sackgasse laufen. Die AbL sieht den Tierschutz als sehr wichtiges Bindeglied zwischen Landwirt und Verbraucher, der auch für die Wertschöpfung auf den Höfen immer wichtiger wird.

Bernd Schmitz, Landesvorstand NRW

GO M.A.D.!

Für die Agrarreform im EU Parlament

Der Agrarausschuss hat sich positioniert, im März stimmt das Plenum des EU-Parlaments über die Agrarreform ab. Die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und ihre europäische Dachorganisation ARC2020 rufen deshalb zur europaweiten Aktion auf: Go M.A.D.! - Go Meet a Deputy! - Triff Deine EU Abgeordneten! Alle Menschen sind eingeladen, den direkten Draht zu ihren VertreterInnen im Europäischen Parlament (MEP) zu suchen, diese zu ihren Ansichten und Abstimmungsabsichten zu befragen und

für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik zu werben. Erstmals stimmen die 754 MEPs gleichberechtigt mit dem Rat der EU-Agrarminister ab. Am Freitag, den 1. März wird es einen bundesweiten Aktionstag geben, an dem kurze pressewirksame Aktionen vor zahlreichen EU-Abgeordneten-Büros stattfinden sollen. Mehr Infos, Unterstützung und Dokumentation von Gesprächen, Aktionen aber auch erfolglosen Anfragen: www.meine-landwirtschaft.de, www.goodfoodgoodfarming.eu, www.arc2020.eu *cw*



Meet a Deputy: Benny Haerlin (links) traf sich mit dem Europaabgeordneten Hemut Schulz

Foto: Meine Landwirtschaft

Betriebsspiegel:

24 ha Ackerfutterbau und Getreide
24 ha Grünland
100 Obstbäume Hochstamm
kleiner Gemeinschaftsgarten

32 Kühe und Nachzucht
50 Hühner
Hofladen

Das Jahr 2012 ist überstanden, der Weltuntergang fand nicht statt. Nur die Finanzwelt kriselt, oder ist es mehr? Unter dem Titel „Bestandsaufnahme 2013, nur Krise oder Crash?“ hatten wir Stefan Pätzold, Bankbetriebswirt aus dem Münsterland, zu einem öffentlichen Vortrag eingeladen. Er mochte oder konnte kein Datum nennen für einen Finanzcrash, aber er ließ keinen Zweifel daran, dass unser heutiges System des Geldes am Ende und weltweit am Wanken ist. Nur durch immer neue Schulden ist Wachstum möglich, können Zinsen bezahlt

werden und findet eine Umverteilung von unten (den Fleißigen) nach oben (zu den Vermögenden) statt. Der Zinsezinseffekt beschleunigt die Umverteilung. Nur der Staat kann noch in großem Stil Schulden machen oder durch Förderprogramme Anreize schaffen, Schulden zu machen. Auf der anderen Seite bündelt sich das Kapital bei wenigen Privatleuten: Heute besitzen 0,6% der Weltbevölkerung 40% des Weltvermögens. Schwindet das Vertrauen in die immer aufgeblähtere Geldmenge ohne Deckung, kommt es zum Kollaps. Stefan Pätzold verdeutlichte, dass die Hauptverursacher der weltweiten Krise die Notenbanken, die Politik und der Zeitgeist in all seinen negativen Formen sind. Die Gier der Banker und das Haben-wollen der Bürger über windige Kredite sind Folgen der Ursache. Typisch ist die Behandlung von Symptomen statt Ursachenbe-

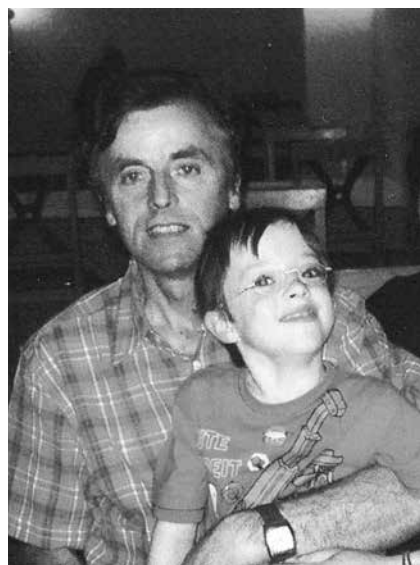
kämpfung; typisch ist auch die Verantwortungsllosigkeit auf allen Ebenen unserer Gesellschaft. Eine Rückbesinnung auf alte Werte und Tugenden ist wichtig für ein Überleben und gesellschaftlichen Frieden in einem kollabierenden Geldsystem. Da ist es faszinierend, dass überall neue Ansätze entstehen für einen Wandel - erstaunlicherweise kommen sie meist aus den Städten: Tauschringe und eine neue Kultur des Teilens, die Transition Town Bewegung, Urbanes Gärtnern und das Wiederaufleben der Gärtnerhofidee als Anteilsgärtnerhöfe (Herwig Pommersche), als Gartenringdörfer (Ralf Otterpohl) oder Gärten der Metropolen (Prof. Helmut Klüter). Nach Stefan Pätzold werden die Bauern die Gewinner sein, aber nicht mit der heutigen wachstumsorientierten, spezialisiert intensiven Landwirtschaft, wie sie immer mehr wuchert. Wie schon der

Weltagrarbericht warnend aufzeigt, ist dies keine Lösung für die Welternährung. Betriebe als kleine weitgehend autarke Zellen, vernetzt und hochproduktiv, mehr gärtnerisch und vielfältig sind die Lösung zur Erzeugung von Lebensmitteln und als Arbeitgeber. Um eine Zeit der Krisen, der Angst und des Mißtrauens zu überwinden, brauchen wir „Erdung“. Deswegen ist die Aussage von Hans-Peter Rusch, Mitbegründer von Bioland, aus dem Jahr 1960 so wichtig: „Die Hege und Pflege eines eigenen Gartens hat tiefgehende Wirkung auf das Wesen und das Sein des Menschen, auf Geist, Seele und Körper, auf Lebensführung und Lebensgestaltung. In einem Satz: Nur der Garten, wenn wir ihn richtig begreifen, bringt jene Ganzheit wieder, die uns leicht verloren geht im Zeitalter des Massenmenschen.“ So sind wir der Wandel, der die Welt verändert.

Johannes Deventer

Bestandsaufnahme 2013

Die Entscheidung Haralds (in der letzten Ausgabe der BAuernstimme), die Milchviehhaltung aufzugeben muss natürlich respektiert werden. Die Argumente dafür sind sicherlich überzeugend. Der Autor Ottmar Ilchmann spricht zum Schluss von unbeantworteten Fragen, die ihn beschäftigen. Als „noch“ Milchbauer aus Schleswig-Holstein mit ähnlicher Struktur wie in Ostfriesland, erlaube ich mir einige Anmerkungen zur Thematik des verschärften Strukturwandels: Ich selbst bin vor über 10 Jahren bereits aus dem Bauernverband ausgetreten, besonders weil mir dessen Verfilzung mit den bestehenden Strukturen und Hierarchien absolut missfiel und ich diese nicht noch unterstützen wollte. In der AbL bin ich jedoch Mitglied aus Überzeugung. Für mich geht es dabei im Kern um die Frage, wie lässt sich der immer noch gewollte Strukturwandel und Zwang des Wachsens oder Weichens mit seiner schieren Maßlosigkeit und Umweltzerstörung stoppen? Die AbL steht für diesen Kampf. Natürlich ist es aus rein geldwirtschaftlichen Gründen verlockend, an den Wachstums- und/ oder Biogasbetrieb zu verpachten. Den Hof zu erhalten für Generationen ist sicher auch ehrenhaft und sinnvoll, ob nun mit oder ohne Milchkühe, ob im Haupt- oder Nebenerwerb. Es kommt dabei natür-



Raus aus den Zwängen

lich auch auf die Ambitionen des Landwirts und seiner Familie an. Geht es nur ums Geld - oder gibt es auch andere Motive? Als Landwirt auf dem Mittlrücken in Schleswig-Holstein missfällt mir die totale Vermaischung meiner Heimat jedenfalls außerordentlich. Die wenigen Betriebe, die anders wirtschaften, sind für mich Oasen in der Wüste. Aber es gibt sie. Die AbL steht für mich politisch wie praktisch für einen Weg raus aus den Zwängen des Wachsens oder Weichens und gegen den Main-

stream und die Maßlosigkeit des Zeitgeistes. Alles in allem zeigt sich für mich, dass der mittelbäuerliche Betrieb auch in Zukunft ein Erfolgsmodell sein kann. Und irgendwann sagt sich vielleicht der eine oder andere Verpächter „Ich nehme meine Flächen vom Biogasbetrieb zurück und bin wieder Bauer“. Der Kampf geht weiter.

Peter Volker Block, Börm

Betriebsspiegel:

525 ha Ackerbau,
25 ha Grünland,
40 Milchkühe, Jungvieh und eigene
Nachzucht,
Hühner zur Selbstversorgung
in Umstellung auf Ökologischen
Landbau

Putenhaltung fast nur mit Antibiotika

Neue Untersuchungen aus Mecklenburg-Vorpommern zementieren den Eindruck vom allgegenwärtigen Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung. Nur einer der 34 untersuchten Putenmastbetriebe mit mehr als 300 Tieren kam laut Lebensmittelzeitung ohne aus. Die anderen brauchten bis zu 14 mal im Mastdurchgang die chemische Keule. *cs*

Bauernverband vertritt Konzern-Interessen

In einem Interview mit der Ostsee-Zeitung haben der Präsident des Landesbauernverbands Mecklenburg-Vorpommern Rainer Tietböhl und sein Geschäftsführer Martin Piel nicht nur den massiven Antibiotika-Einsatz in Großmastanlagen verteidigt und den Trend zu immer größeren Betrieben als unaufhaltsam bezeichnet, sondern auch das Haltungssystem des umstrittenen Straathof-Konzerns als Vorbild gelobt: Straathof habe – „wenn auch über Hunderte von Kilometern“ – ein geschlossenes System von Ferkelerzeugung und Schweinemast aufgebaut. *en*

Rehhahns Gefühl

Als „ganz normal“ bezeichnet der Ex-Agrarminister von Sachsen-Anhalt und jetzige Agrarindustriellen-Berater Dr. Helmut Rehhahn „Schweinehälften mit 30.000 und mehr Tieren“. In einem Kommentar in der Evangelischen Zeitung behauptet er, die „moderne Fleischproduktion schone mit Massentierhaltung die Ressourcen stärker als Biobauern dies könnten“. Den Tieren gehe es in den vollklimatisierten Anlagen besser als „in herkömmlichen Ställen“. Er habe „zwölf Jahre in einer Großanlage gearbeitet und nie das Gefühl gehabt, dass es den Tieren an etwas fehlt“. Der renommierte Professor Dr. Wilhelm Römer antwortete mit einem Leserbrief auf diese „dreisten und ungeheuerlichen Aussagen“ und verwies auf die Schließung der DDR-Kombinate Industrielle Mast nach der Wende aus Umweltgründen, auf die derzeit in Deutschland verarbeiteten 1734 Tonnen Tier-Antibiotika und auf den Import von Soja-Futtermitteln aus Südamerika. *en*

Hühner-Zweinutzungsrasse „Dual“

Auch die Zuchtkonzerne müssen auf die gesellschaftliche Kritik am Töten männlicher Tiere der Spezial-Eierlege-Rassen reagieren: Über das „Dual“-Zuchtprogramm für ein Zweinutzungshuhn des Lohmann-Zuchtkonzerns (EW-Group) berichtete dessen Chefgenetiker Prof. Rudolf Preisinger bei der Lohmann-Vermehrertagung: Da die Merkmale „Brustbemuskelung“ (Mast männlicher Tiere) genetisch negativ mit der „Eizahl pro Henne“ (Eierzeugung weiblicher Tiere) korreliere, gebe es folgende Leistungsminderungen: Gegenüber den Spezial-Eier-Linien eine 17% geringere Legeleistung, einen um 27% höheren Tages-Futterbedarf und einen um 52% höheren Futteraufwand je 300 Eier. Gegenüber den Spezial-Mastrassen hätten die Zweinutzungstiere am 35. Lebensstag 1150 Gramm gewogen anstelle von 1500 Gramm, am 56. Lebensstag 2200 g anstelle 3200 g. Er plädierte für eine gemeinsame Haltung und Fütterung der Zweinutzungstiere bis zur 17. Lebenswoche, wonach die männlichen Masttiere dann mit ca. 2 kg geschlachtet würden. Die weiblichen Tiere würden dann in den Legebetrieb umgestellt. Preisinger rechnet mit einem Preis für Hähnchenfleisch um 15 Euro je kg, erwähnte aber als Vorteil der Zweinutzungsrasse die besondere Cremefarbigkeit der Eier. *en*

Schweinehalter-Kritik an Schlachtkonzernen

Der Schweinehalterverband ISN übt deutliche Kritik an der Erzeugerpreis-Drückerei großer Schlachtkonzerne. Auch im letzten Jahr ist laut ISN eine vollkostendeckende Schweinehaltung nur in wenigen Wochen möglich gewesen. Als im Herbst die Schweinepreise nach einem Rückgang des Schweine-Angebots kurzfristig deutlich anstiegen, seien die Verbraucherpreise vom Lebensmittelhandel ebenso angehoben worden. Während aber dieses höhere Preisniveau im Handel andauere, hätten die Schlachtereien die Erzeugerpreise der Landwirte nunmehr erneut drastisch gesenkt. Dies geschehe mit der Drohung einer Kürzung der Menge angenommener Schweine, mit der Vorgabe der ausgezahlten Preise und durch Veränderungen in der Bewertung der verschiedenen Partien („Masken“) der Schlachtkörper. Damit, so die ISN völlig zu Recht, werde das Vertrauen zwischen Landwirten und Schlachtereien „mit Füßen getreten“. *en*

Kurzes am Rande

Missachtung natürlicher Grenzen

Steigende Probleme durch zu kurze Säugezeiten und zu hohe Ferkelzahlen

Die Säugezeit der Ferkel nach der Geburt ist von EU-Richtlinien auf die für die Entwicklung der Ferkel absolut notwendige - Mindestzahl von 21 Tagen festgelegt. In den letzten Jahrzehnten wurden die Säugezeiten zunächst von 5 auf unter 4 Wochen reduziert, in den letzten sechs Jahren sogar um weitere zwei Tage auf durchschnittlich 23,4 Tage. Nunmehr peilen viele Sauenhalter sogar die gesetzliche Mindestzahl an Säugetagen von 21 Tagen als Ziel an. Dies führt vor allem in größeren Beständen bei schematischer Brunst-Synchronisation und starrem gruppenweisen Abferkel- und Absetzregiment zu erheblichen Problemen – in der Betriebswirtschaft, beim Tierwohl und auch in der gesellschaftlichen Akzeptanz. In der Dezemberausgabe der Zeitschrift „Neue Landwirtschaft“ führt Prof. Dr. Uwe Hühn (Wölfershausen) aus, dass es bei einer durchschnittlichen Säugezeit einer Sauengruppe von 21 Tagen zwangsläufig bei vielen Sauen sogar zu einem Unterschreiten dieses Mindestzeitraums kommt. Das liege daran, dass manche Sauen, vor allem die dänischen Hochleistungssauen und Jungsaunen, eine um 2 Tage verlängerte Tragezeit bis zum Abferkeln hätten, so dass bei diesen Sauen dann bis zum schematischen und gruppenweisen Absetzen der Ferkel weniger Säugezeit für die Ferkel bliebe. Dadurch steige die Zahl zu leichter Ferkel (mit weniger als 4 kg Geburtsgewicht) auf 10 bis 15%. Dieses Problem könne auch nicht dadurch gelöst werden, dass man bei diesen länger

tragenden Sauen den Geburtsvorgang vorzeitig auf biotechnischem Wege einleite. Eine zu frühe Geburtseinleitung beeinträchtigt die Vitalität der Neugeborenen und führe zu erhöhten Totgeburtensraten und frühen postnatalen Ferkelverlusten. Ein wesentliches Problem des synchronisierten und gruppenweisen Sauen-Abferkelns entsteht also dadurch, dass die Summe aus Tragezeit, Säugezeit und dem Intervall bis zur erfolgreichen Wiederbesamung der Sauen „ganzzählig durch den Produktionsrhythmus teilbar“ sein muss. Professor Hühn rät dezent dazu, die „weitere Gestaltung von Absetzrhythmen und Arbeitsabläufen grundsätzlich zu überdenken“, es dürfe in Schweinezucht und -haltung „nicht um eine unbegrenzte Steigerung der biologischen Leistungen gehen“ – im Interesse von Ökonomie und Tierwohl.

Viele, viele Nachkommen

Ein ähnliches Problem entsteht dadurch, dass züchterisch immer mehr Ferkel je Wurf angestrebt werden – oft über die Zahl der Zitzen der Sau hinaus. Diese überdurchschnittlich großen Würfe führen nicht nur zu niedrigeren Geburtsgewichten der einzelnen Ferkel und damit zu einer geringeren Überlebensrate bzw. zu geringeren Zunahmen bei Aufzucht und Mast. Weil die Sauenmilch für alle Ferkel nicht ausreicht und Ammen-Sauen nicht zur Verfügung stehen, muss per Hand oder durch „Ammen-Automaten“ oft bereits ab dem zweiten Lebensstag Ferkelmilch oder Joghurt zugefüttert werden. Die Zeitung BWagrar berichtet über Versuche beim Hofgut Neumühle, bei denen viele Ferkel ab dem 5. Tag die Aufnahme der Ersatzmilch (Milchaustauscher) verweigerten. Die hohen Anforderungen an Tränken, Hygiene und Beobachtung erhöhten die Arbeitskosten – zusätzlich zu den erhöhten Futterkosten – um 200 bis 500 Euro je Sau und Jahr. Das „Absetzgewicht“ der „Ammenferkel“ mit 26 Tagen lag mit 8,2 kg deutlich unter dem der gesäugten Geschwister von 8,8 kg. Gleichzeitig weisen Schweineberater darauf hin, dass man den Sauen nur eine Säugezeit bis zu drei Wochen zumuten könne – wegen der hohen Ferkelzahlen. *en*



Artgerechte Schweinehaltung: natürlich Neuland
Foto: Nürnberger

Sauen-Zuchtkonzerne

Den deutschen Markt für Zuchtsauen dominierten 2010 laut Fachzeitschrift SUS folgende Konzerne (Marktanteile in Klammern): Danzucht (12%), PIC (10), Topigs (10), BHZP (8), German-Hybrid – SVZ (7), Hülsenberger (5,5), Hypor (4,2) und JSR (4,2).

Wir werden hartnäckig bleiben!

Viele tausend Menschen fordern in Berlin eine gesellschaftlich akzeptierte Agrarpolitik

Viefältig, bunt, gut gelaunt auch bei Minustemperaturen. 25.000 Menschen sind zur dritten Demonstration „Wir haben es satt“ nach Berlin gekommen. Wohl gemerkt: „Wir haben es satt!“ als Ausdruck einer persönlichen Meinung und nicht „Wir sind satt!“ wie viele Vertreter der Agrarlobby immer wieder zu unterstellen versuchen, um eine ethische Ebene zu finden, die Demonstranten zu diskreditieren.

Auf dem Washingtonplatz vor dem Berliner Hauptbahnhof herrscht schon ein buntes Treiben als die 70 Schlepper eintreffen, die die Demonstration anführen werden. Die Traktorfahrer hatten die Nacht im Norden Berlins verbracht, wo sie von den Menschen des Vereins Stadtgut Blankenfelde e.V. in eben jenem Stadtgut bestens untergebracht und versorgt worden sind.

Mit Bussen und Bahn

Ein ständiger Strom von Menschen ergießt sich aus den Toren des Bahnhofs auf den großen Platz. Und während sich draußen Johanna Böse-Hartje für eine bäuerlichen Milchviehhaltung und faire Milchpreise einsetzt, spielt in der Eingangshalle des Bahnhofs ein klassisches Orchester, begleitet von einem Chor, für den Erhalt einer vielfältigen Landwirtschaft.

Als der Demonstrationszug sich um kurz nach 11 Uhr in Bewegung setzt, machen die lauten Rufe „Hopp, hopp, hopp, Agrarfabriken stopp!“ schnell deutlich, dass die Demonstranten keine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft in Deutschland und Europa

wollen. Angeführt vom Traktoren-Korso zieht sich die Demonstration durch die Berliner Straßen bis zur Bühne am Bundeskanzleramt.

Landwirtschaft Teil der Gesellschaft

„Dieser gemeinsame Kampf nützt nicht nur der Landwirtschaft, sondern uns allen.“ stellt Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, in ihrer Abschlussrede fest. Es geht um die Gestaltung der Landwirtschaft als Lebensgrundlage zukünftiger Generationen und den Erhalt der Fruchtbarkeit der Erde. Im ICC treffen sich derweil die

Agrarminister der Welt unter der Ägide von Frau Aigner, um unter Beteiligung von BASF, Nestlé, Unilever und Claas zu versuchen, die Welternährung zu sichern. „Mit Investitionen in Saatgut, Bewässerungssysteme oder Technik, die sich kein Kleinbauer leisten kann.“ warnt Heubuch. Auf vielen Gebieten versuchen die Konzerne die Kontrolle über die Landwirtschaft zu bekommen, stellt Heubuch fest: Patente auf Leben, Agrotechnik aber auch über Gesetze, wie beim Saatgut. Das durch die Suche nach guten Anlagemöglichkeiten hervorgerufene Landgrabbing sei ein weiteres Problem stellt Heubuch, selbst

Milchbäuerin im Allgäu, fest. „Wir stehen hier für Bauernhöfe statt Agrarindustrie!“ Anders als vom Deutschen Bauernverband immer wieder angeführt, sei man nicht gekommen, um die deutschen Landwirte auseinander zu dividieren und Keile zu treiben. „Sondern um eine starke Einheit mit der Gesellschaft zu bilden. Denn die Agrarpolitik ist nicht Sache der Agrarindustrie.“ sagt Heubuch am Ende ihrer Rede zu den vielen tausend Demonstranten „Agrarpolitik muss der gesamten Gesellschaft dienen.“ *mn*



25.000 für eine neue Agrarpolitik.

Foto: Nürnberger

Verbraucher leicht zu verführen

Unterschätzt die Bundeslandwirtschaftsministerin die Intelligenz der Bürger?

Berlin im Januar. Die Zeit der Grünen Woche. Der „weltgrößten Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau.“ Alle Vertreter landwirtschaftlicher Verbände, aber auch die Vertreter des Tier- und Umweltschutz und der Entwicklungshilfeorganisationen sowie der Kirchen und der Politik sind vor Ort.

Engagiert und mit vollem Terminkalender auch Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner: „Wir werden gemeinsam kämpfen für die Interessen einer bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland!“ ruft sie während der Eröffnungsfeier in den gefüllten Saal. Auf der zwei Tage später folgenden Demonstration „Wir haben es satt“, bei der 25.000 Men-

schen und 70 Schlepper für eine bessere Agrarpolitik demonstrieren, ist Frau Aigner allerdings nicht zu sehen. Der einzige direkte Kontakt zum Ministerium an diesem Tag, ist die Übergabe des Forderungskatalogs der Veranstalter, einem breiten gesellschaftlichen Bündnis aus Bäuerinnen und Bauern, ImkerInnen, Umwelt-, Tier- und VerbraucherschützerInnen sowie kirchlichen und entwicklungspolitischen Gruppen, an zwei Angestellte des Ministeriums vor der Messe. Die Ministerin selbst bleibt lieber in warmen Sitzungssälen bei den Vertretern der Landwirtschaftslobby, anstatt sich zu den bei Minustemperaturen demonstrierenden Landwirten und Verbrauchern zu gesel-

len. Was sie von den Verbänden und den Demonstranten hält, hat sie auf der Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft unmittelbar im Vorfeld der Grünen Wochen deutlich gemacht: „Viele Verbraucher haben heute den direkten Bezug zur Landwirtschaft verloren. Anders als früher kennt nur noch eine Minderheit einen Landwirt persönlich. Und so haben manche Verbände und Politiker leichtes Spiel, wenn sie einzelne schwarze Schafe herausgreifen und damit eine ganze Branche zu skandalisieren versuchen.“ Damit hatte die Ministerin eine einfache Antwort auf das über der DLG-Tagung (siehe Seite 12) stehende Motto: „Landwirtschaft im Konflikt mit der Gesellschaft – Votum

für eine nachhaltige Produktion“ gefunden. Offenbar hat Frau Aigner vor ihrer Einschätzung nicht nach Niedersachsen geblickt. Schnell hätte sie sehen können, dass die Geschichte von der bewussten Verführung der Gesellschaft hinkt. Im niedersächsischen Wahlkampf in Deutschlands größtem Agrarland spielte offenbar auch die zunehmende Industrialisierung eine Rolle. Zum ersten Mal fragte das Meinungsforschungsinstitut Infratest Dimap deshalb, welche Partei am ehesten in der Lage sei, eine gute Landwirtschaftspolitik zu betreiben. 34 Prozent der Befragten entschieden sich für die CDU, für 35 Prozent sind es aber die Grünen, die Tierschutz zum Thema der Bundestagswahl machen wollen. *mn*

Tat oder Wahrheit?

Vom Umgang der Gesellschaft mit der Landwirtschaft und andersrum

Immer wieder hatten die verschiedenen Sprecher aus den Reihen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) auf ihrer diesjährigen Wintertagung in Berlin das Bedürfnis, erklärend darzustellen, warum man sich dieses Jahr mit dem weichen Thema „Landwirtschaft im Konflikt mit der Gesellschaft“ beschäftige und nicht, wie sonst üblich, mit Wachstumsperspektiven und Marktanalysen. „Wir nehmen eine wachsende kritische Stimmung der Gesellschaft gegenüber der Landwirtschaft wahr“, konstatierte DLG-Präsident Carl-Albrecht Bartmer in seiner Eröffnungspressekonferenz. Eine Gruppe, wie groß sie auch immer sei, rufe nun schon zum dritten Mal unter dem Motto „Wir haben es satt“ (angesichts der Hungernden der Welt habe dieses Motto eine ethische Dimension, die er aber nicht berühren wolle) zur Demonstration, auch weil eine zunehmend größere Zahl von Menschen das idyllische Bild von Landwirtschaft, dass sie im Kopf haben, nicht mehr wiederfänden. Bartmer demonstriert Zerknirschtheit: „Wir haben die Deutungshoheit an NGOs verloren“, die nicht immer nur gut meinent, altruistisch handelten. Der Ausweg ist, aktiv zu werden, die Bringschuld einzulösen, dem Verbraucher ein reales Bild moderner Landwirtschaft zu zeigen und den positiv besetzten Begriff der Nachhaltigkeit über ein bereits vorhandenes Zertifizierungssystem der DLG zu fül-

len. Das mache auch mehr Sinn aus seiner Sicht, als ein Instrument wie das „Greening“ in der Europäischen Agrarpolitik, was eine lokale Musterwelt jenseits der gesamtweltlichen Realitäten schaffe als „kleine Nachhaltigkeitsstrategie, um den europäischen Steuerzahler zu beglücken.“ Angesichts der Hungernden der Welt, angesichts der Tatsache, dass wir hier in Mitteleuropa auf einem der fruchtbarsten Flecken Erde wirtschaften, dürfe man nicht aus politischen Gründen Extensivierung via ökologischer Vorrangflächeninstrumentarik betreiben.

Kommunikationsprobleme

Wir müssen nur anders auftreten, dann entlarven wir den Bürgerinitiativen-Wutbürger als ahnungslosen Hysteriker. Diese Marschroute gab der als Referent auf der DLG-Wintertagung auftretende Berater Dirk Hesse aus. Zwar wollte er die Menschen da abholen wo sie stünden und ihnen die Realität zeigen, aber gleichzeitig diskreditierte er sie. Am schärfsten watschte er Nestbeschmutzer, häufig sei es Neid und das Unvermögen es selber hinzukriegen, dass Bauern zu Gegnern der Massentierhaltung in der Nachbarschaft werden ließe. Den Menschen die Realität auf den Höfen zu zeigen, dafür warb der McDonalds Unternehmenskommunikator Martin Nowicki, dem man glauben mochte, dass die Restaurantkette schon lange Erfahrung mit

gesellschaftlichen Vorbehalten hat. Der Philosoph Christian Dürnberger machte aber deutlich, dass dem Verbraucher die moderne Realität nicht ausreiche, da seine Sehnsucht nach Romantik, die Landleben und Landwirtschaft historisch immer schon bedienen musste, dadurch nicht befriedigt werde. Und auch Medienvertreter Kersten Schüßler erklärte, dass selbst wenn der Landwirt in seinem Beitrag so dargestellt werde, wie er sei und wie er produziere, das nicht zwangsläufig positiv beim Fernsehgucker ankomme. Er beklagte eine immer stärker abnehmende Offenheit bei Ernährungsindustrie und Politik, so dass als Bauernopfer oft die Bauern auch das wachsende Misstrauen der Medien zu spüren bekämen.

Modernes Unbehagen

Einer, der raus wollte aus der Rolle des reagierenden Opfers, ist der schleswig-holsteinische Bauernverbandspräsident Werner Schwarz, als er ein paar Tage zuvor eine Webcam in seinem Abferkelstall installierte. Die klinische Reinheit in seinem modernen Zuchtsauenbetrieb lässt in den Augen des Bauernverbands, auch in DLG-Kreisen, kaum Wünsche offen. „Königsklasse der Schweinehalter“ sagt ein Kenner. Umso erstaunter reagierten alle auf den Shitstorm, der im Internet losbrach, als die Stallcambilder Facebook erreichten. Offensichtlich wird, dass sich hier in der Masse nicht extremis-

tische Tierschützer ereifern, sondern Otto Normalverbraucher seine Ablehnung artikuliert. Dem Verbandsorgan des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes bleibt nur zu konstatieren: „Werden sie mit der modernen Sauenhaltung konfrontiert, dann verursacht das auch bei wohlgesinnten Mitbürgern zunächst einmal Unbehagen.“ Apropos Unbehagen: der aid-infodienst zitiert den nicht gerade als Wachstumskritiker bekannten Professor Folkhard Isermeyer mit der Aussage: „Das ständige Wachstum der Betriebsgrößen und der Milchleistungen könne sich aber negativ auf das gesellschaftliche Image der Milchviehhaltung auswirken.“ Zuvor hatte Isermeyer kleinstrukturierten Milcherzeugungsregionen eine höhere Effizienz attestiert.

Was ist modern?

Die Frage nach der Beschaffenheit von Modernität drängt sich auf. Schweinebäuerin und Erfinderin einer mobilen Schweine - Schaubucht Kathrin Seeger sagte im Magazin dlz: „Wenn wir Schweine auf öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen sehen, wo dem Verbraucher moderne Tierhaltung nahe gebracht werden soll, sehen wir oft Läufer auf Stroh. Was bitte schön ist daran modern?“ In die gleiche Richtung zielt der Bauernverband, wenn er in einer Pressemitteilung lobpreist, dass sich die meisten Schweine bei uns auf „hygienisch vorteilhafteren Spaltenböden tummeln und nicht mehr wie früher auf eigenem Mist stehen müssten.“ Der Vorsitzende der niedersächsischen Geflügelwirtschaft (NGW), Wilhelm Hoffrogge warnte seinerseits medial: Eine rückwärts gerichtete Politik zu Tierhaltungsformen längst vergangener Zeiten sei „nostalgischer Unfug“ und werde zwangsläufig zur Verlagerung der Produktion in andere Länder Europas beziehungsweise Drittstaaten führen. DLG-Funktionär und Ackerbauer Hubertus Paetow bezeichnete in Berlin die Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz nicht nur als überlebenswichtig für die Tierhaltung und forderte ein Nachdenken über individuelle Veränderungen ein. Auch das Thema Glyphosat beschäftige den Verbraucher. Da solle doch jeder Berufskollege angesichts eines momentan entspannten Marktumfeldes, das nicht mehr das letzte Drehen jeder ökonomischen Stellschraube erfordere, für



Die Gesellschaft ist bereit für eine andere Agrarpolitik. Sie fordert sie sogar!

Foto: Nürnberger

Fortsetzung Seite 15 unten

Bauern in Bewegung

Mit dem Traktor nach Berlin

Ein digitales Straßenschild zur Verkehrslage in Berlin am 19. Januar 2013: Bereich Messegelände Demonstration – Behinderungen erwartet. Die zur „Wir haben es satt“ Demo mobilisierten Trecker sind unterwegs Richtung Messe, um dort Mitarbeitern von Landwirtschaftsministerin Aigner den kritischen Agrarbericht 2013 auszuhändigen. Halb entrüstet halb schmunzelnd schimpft Stefan Schulz, Ackerbauer aus dem Berliner Umland: „Behinderung? Wir sind doch keine Behinderung – das ist eine Bereicherung der Grünen Woche!“ Sein weiter angereicherter Kollege Moritz Schäfer, Milchviehalter aus Hessen, findet den Zeitpunkt der Demo als Kontrast zur weltweit größten Messe der Ernährungsbranche ebenfalls sehr gelungen. Schon am Donnerstag ist er

mit seinem Bulldog aufgebrochen, hat sich am Freitag einem Traktorenzug aus Göttingen angeschlossen und erreichte nachts um 12 Uhr das Hofgut Blankenfelde in Norden von Berlin. Hier gab es heiß ersehntes Essen – Schlafen sei mehr eine Vernunftsache gewesen. Den enormen Weg, die Kosten und den Aufwand hat Schäfer auf sich genommen, „weil der Einsatz deutlich zeigt, wieviel uns Bauern daran liegt, dass endlich Agrarpolitik für bäuerliche Betriebe, nachhaltige Wirtschaftsweise, gerechte Märkte und regionale Strukturen gemacht wird!“ Da kann man nur sagen: Chapeau! Hut ab für diesen Einsatz, und danke allen Treckerpaten – und den Menschen zuhause auf den Höfen, die so wie Schäfers Mitarbeiter daheim den Laden schmeißen! *cw*



Morgens um halb sieben auf dem Hof des Stadtgut Blankenfelde machen sich die Fahrer bereit für ihren Traktorcorso durch Berlin. Vorbei an der Messe, über den Hauptbahnhof zum Bundeskanzleramt. Foto: Nürnberger

Bewegung in Deutschland und Kenia

Ein Bauerngespräch über Arbeitsalltag und politische Arbeit

Hellen Yego ist Bäuerin und Vorsitzende der jungen Bauernorganisation „Ngoma Farmers Campaign“ in Kenia. Als Partnerorganisation von Misereor war Yego anlässlich der Grünen Woche und der Demo „Wir haben es satt!“ nach Deutschland eingeladen. Und sie trifft die Abl-Vorsitzenden Maria Heubuch und Bernd Voß. Auszug aus dem Gespräch.

Hellen Yego: Auf meinem Betrieb werden 23 Kühe mit der Hand gemolken. Dafür sind auch vier Arbeitskräfte angestellt. Insgesamt haben wir 47 Rinder. Auf unserem Land bauen wir hauptsächlich Mais für den Verkauf an und Maissilage als Futter. In einem kleinen Garten wachsen noch Gemüse, Kräuter und Bohnen für die Selbstversorgung. Der Durchschnitt der Kleinbauern hat ungefähr 5 Kühe.

Maria Heubuch: Auf unserem Betrieb in Süddeutschland melken wir 40 Kühe.

Yego: Aber Sie melken mit Maschinen (Heubuch nickt). Was machen Sie mit dem Mist?

Heubuch: Den nutzen wir als Dünger für die Wiesen. Wir haben sechs Monate Winter und sechs Monate Sommer. Dann können wir bis zu vier mal Gras mähen.

Yego (staunt): Dafür ist es in Kenia zu heiß und die Böden sind zu trocken, obwohl es bei uns im Norden viel regnet. Wie arbeitet eigentlich die Abl?

Bernd Voß: Seit mehr als 30 Jahren gibt es die Abl. Sie ist aus einer Unzufriedenheit gegenüber dem Bauernverband entstanden, der die Interessen der Agrarindustrie vertritt. Deshalb haben sich kri-

tische Menschen aus der Landjugend und aus kirchlichen Gruppen zusammengesetzt und organisiert.

Yego: Bei uns gibt es noch aus der Kolonialzeit Großbauern. Sie sind gut angebunden und können ihre Interessen durchsetzen. Die Kleinbauern hingegen sind marginalisiert und fallen immer hinten über bei politischen Entscheidungen. Das führt dann dazu, dass die Regierung kaum in die Landwirtschaft investiert. Gerade mal drei bis vier Prozent des Haushalts wird für die ländliche Entwicklung ausgegeben. Im Jahr 2003 haben Kleinerzeuger Ngoma gegründet. Ngoma ist Kisuaheli und heißt übersetzt Trommel. Wir wollen uns Gehör für unsere Belange verschaffen.

Voß: Unsere Strategie ist von Beginn an vor allem der Dialog und die Vernetzung

mit gesellschaftlichen Gruppen. Das hat auch mit dazu geführt, dass es seit drei Jahren die bundesweite Kampagne „Meine Landwirtschaft“ gibt, und zum dritten Mal zur Grünen Woche eine große Landwirtschaftsdemo stattfindet. Bürger und Bauern gehen für eine andere Agrarpolitik gemeinsam auf die Straße.

Yego: Wir organisieren auch Demonstrationen. Die Arbeit mit anderen Gruppen zu breiteren Themen wie Umwelt nimmt immer mehr zu. Und die Verbraucher sind immer sensibilisierter was ihr Essen angeht. Eine wachsende Mittelschicht in Kenia will zunehmend gesunde und im Land erzeugte Lebensmittel.

Heubuch: Es gibt auch die Milchbauernbewegung BDM in Deutschland, die sich für faire Preise einsetzt. Wir brauchen mindestens 40 bis 45 Cent für einen Li-

ter. In diesem Monat lag der Milchpreis bei 33 Cent.

Yego: Da sind ja noch nicht mal die Produktionskosten gedeckt. Wie hoch ist denn der Gewinn von Milcherzeugern?

Heubuch: Im letzten Jahr wurden keine Gewinne gemacht. Die Höfe erleben derzeit ihre Substanz. Jedes Jahr geben fünf Prozent der Milchbauern auf. Den Erzeugern fehlt die Verhandlungsmacht gegenüber den Molkereien.

Yego: In Kenia spielt der Milchpreis auch eine große Rolle. Wir bekommen 25 Kenia-Schilling, während die Produktionskosten bei 30 Kenia-Schilling liegen. Mit der Milch verdienen wir kein Geld, sondern mit der Mast von Bullenkälbern, die wir nach einem Jahr verkaufen. Wir sind nicht in der Lage, Rücklagen zu bilden, sondern es reicht für die Selbstversorgung und die Ausbildung der Kinder. Die Marktmacht der Erzeuger ist ein Thema. Die Vermarktung über Kooperativen ist dabei sehr wichtig.

Voß: Die Politik muss endlich bäuerliche Arbeit anerkennen und dafür den Rahmen schaffen. Das heißt beispielsweise, dass sich die Erzeuger organisieren und bündeln können, um das Missverhältnis der Marktmacht zu Gunsten der Molkereien aufzubrechen. Es braucht faire Märkte und faire Regeln. Dafür kämpfen wir.

Yego: Ich wünsche mir für die Zukunft, dass die Bauern mit Würde Bauern sind. Sie können stolz auf ihre Arbeit sein. Das bringt ihnen auch ein erfülltes Leben. Auch dafür braucht es die Bewegung und das Engagement.



Bäuerinnen und Bauern im Gespräch auf der Grünen Woche. v.L: Bernd Voss, Hellen Yego und Maria Heubuch. Foto: Thomsen

Berit Thomsen

Agrarpolitische Landkarte als Wegweiser

Gesellschaftliche Solidarität gegen wirtschaftlichen Unterbietungswettbewerb

Agrarpolitik zum Wahlkampfthema machen – Im Vorfeld der niedersächsischen Landtagswahl wiesen Vertreter eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses an Hand einer Landkarte auf agrarpolitische Brennpunkte hin - die sich auch im ganzen Bundesgebiet zeigen. Vor der Wahl im Agrarland Niedersachsen haben sich von den Parteien nur die Grünen bewusst auf das Thema eingelassen. Die CDU, die Landwirtschaft zu ihren Kernthemen zählt, hat dies vermieden. Im Bundesland mit der viehdichtesten Region Deutschlands rücken die Probleme im Bereich der Fleischproduktion besonders deutlich ins Blickfeld: Dumpingpreise nicht nur bei der Bezahlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sondern auch bei der Arbeitsentlohnung in der Ernährungsbranche und bei Exportprodukten. In engem Zusammenhang damit stehen Megaschlachthöfe und die dafür wachsende sogenannte Massentierhaltung. Hinzu kommen Importe von (gentechnisch veränderten) Eiweißfuttermitteln und schließlich eine starke Nitrat-Grundwasserbelastung.

Wegweisend

Im Rahmen einer Bündnisaktion vor dem Landtag in Hannover enthüllten

Carla Prötzel von der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Frank Buchholz von der Verbraucherorganisation Slow Food zwei Wochen vor der Wahl gemeinsam eine neue agrarpolitische Landkarte mit Forderungen an die zukünftige Landesregierung. Besonders häufig tauchen darauf Punkte auf, die faire, soziale, und gerechte Verhältnisse anmahnen. Georg Janßen von der AbL sprach von einem „Entwurf für einen Generationenvertrag zwischen Stadt und Land“, um einen Weg aufzuzeigen, der von Landwirtschaft und Gesellschaft gemeinsam getragen werden kann. Etwa 300 Menschen aus Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz, Bürgerinitiativen, Imkerei, Verbraucher- und Eine-Welt-Organisationen umzingelten anschließend den niedersächsischen Landtag mit Kerzen, um den PolitikerInnen „ein Licht aufgehen zu lassen“. Nicht nur die am 20. Januar gewählte rot-grüne Mehrheit in Niedersachsen wird sich im Bereich der Agrarpolitik an diesem Wegweiser messen lassen müssen – auch bundesweit soll dieser als Messlatte angelegt werden. Zu aktuellen Brennpunkten rund um die Agrarbranche entstehende

Bündnisse sorgen durch eine ungewöhnliche Zusammensetzung ihrer Akteure zunehmend für Aufsehen. Sichtbar wird so ein Netz miteinander zusammenhängender Probleme – und die Solidarität zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Schweinefleisch im Schlachthof

So auch im Fall des VION Schlachthofs in Emstek bei Cloppenburg. Der Konzern hatte angekündigt die Schlachtung dort ab 1. Februar an ein rumänisches Subunternehmen zu vergeben. Nach Angaben von Gewerkschaftern bleibt die Arbeit die gleiche, nur die Bezahlung richtet sich bei mehr als 60 % der ArbeiterInnen nicht mehr nach Tarifverträgen. Was bleibt, ist etwa ein Drittel vom Lohn, befristete Werkverträge und schlecht abgesicherte rumänische LeiharbeiterInnen. Gegen dieses Lehrstück des praktischen Lohndumpings zur Kosteneinsparung regte sich in den letzten Monaten in der Region Widerstand. Am 11. Januar organisierte die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), mit dem Landesnetzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken und dem Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum, eine Pro-

testversammlung vor den Toren des Schlachthofes. Neben deutschen und rumänischen ArbeiterInnen des Schlachthofes standen dort u.a. Bäuerinnen und Bauern, GewerkschafterInnen, Erwerbslose, Vertreter der katholischen Arbeitnehmerbewegung und Tierschützer. Neugierige Seitenblicke waren hier wie dort zu beobachten, während alle die vielfältigen und verbindenden Redebeiträge verfolgten.

Auswege aufzeigen

Der katholische Prälat Peter Kossen aus Vechta ist mittlerweile bekannt für die klaren Worte zur Ausbeutung von Arbeitnehmerrechten und zu unwürdigen Lebensumständen von ausländischen ArbeiterInnen. Er stellte Gerechtigkeit und Solidarität in den Vordergrund und forderte dazu auf, den „erbarungslosen und rücksichtslosen Unterbietungswettbewerb“ zu stoppen: „Zu allen Zeiten gab es das Phänomen, dass Handlungsweisen legal und trotzdem unmoralisch sind. Aber Gesetze kann man ändern und Unrecht beim Namen nennen“. Michael Bättig von der Arbeitslosenhilfe Oldenburg (ALSO) wies ebenfalls auf den enormen Niedriglohnbereich in Deutschland hin, auf dem das, selbst in Krisenzeiten weiter fortschreitende, Wirtschaftswachstum basiere. Aus Angst vor Arbeitslosigkeit mit nur unzureichender Absicherung und sozialer Ausgrenzung würden viele Menschen fragwürdige Arbeits- und Lohnbedingungen hinnehmen. „Der gesellschaftliche Reichtum, der sich in der Produktion von 20 Prozent mehr Schweinefleisch ausdrückt, als wir hier verbrauchen, ist ein überflüssiger Reichtum, der schädlich ist“, fügte Bättig mit Blick auf die Wachstums- und Exportorientierung von Politik und Unternehmen hinzu. Er fordert stattdessen gemeinsam mit Bündnispartnern wie Ottmar Ilchmann von der AbL Niedersachsen ein menschenwürdiges Mindesteinkommen für alle – das sei auch, aber in anderer Form, gesellschaftlicher Reichtum. Ilchmann ergänzte die Darstellung um den ruinösen Einfluss der Überproduktion auf die Bauernhöfe. Niedrige Erzeugerpreise seien die Folge, und um dann noch die Kosten decken zu können, würde in der Landwirtschaft sowohl die Wirtschaftsweise als auch die Arbeitszeit immer weiter auf Kosten von Mensch, Tier und Natur intensiviert. „Die Bauern sitzen in der Zwickmühle“, so Ilchmann, „und der Ausweg kann nur in der Abkehr von der Weltmarktorientierung liegen.“ cw



Carla Prötzel von der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) und Frank Buchholz von der Verbraucherorganisation Slow Food enthüllen die agrarpolitische Landkarte mit Forderungen an die zukünftige Landesregierung. Foto: Weiberg

Namenlos aufbereiten!

Gericht bestätigt positives Auskunftsurteil für Saatgutaufbereiter

Über einen juristischen Umweg wollte die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) doch noch durchsetzen, dass Aufbereiter Sortenangaben bei Aufbereitungsaufträgen von ihren landwirtschaftlichen Kunden abfragen müssen. Sie sind damit grandios gescheitert. Der Fall ist schon älter: zunächst hatte die STV bei der westfälischen Raiffeisengenossenschaft, die hier zur Beklagten wurde, um Auskunft über die Aufbereitungsaufträge angefragt. Die Genossenschaft verwies darauf, dass sie entsprechend des Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) nicht dazu verpflichtet sei, von den landwirtschaftlichen Kunden bei Auftragsannahme Sortennamen zu erfragen, das dementsprechend auch nicht getan hatte und folglich auch nicht darüber Auskunft geben konnte. Die STV zeigte daraufhin beim zuständigen Landesamt für Landwirtschaft eine Ordnungswidrigkeit an. Sie berief sich auf einen vermeintlichen Verstoß gegen die Saatgutaufzeichnungsverordnung. Die Saatgutaufzeichnungsverordnung verpflichtet

zur Aufzeichnung von Informationen im Zusammenhang mit zertifiziertem Saatgut, eine Anwendung im Bereich der Nachbaugesetzgebung wäre ein echtes Novum. Nichtsdestotrotz erreichte das Verfahren das zuständige Amtsgericht in Recklinghausen. Und dem nicht genug, die Richter dort sahen tatsächlich die Saatgutaufzeichnungsverordnung verletzt und verhängten ein Bußgeld von 300 Euro gegen die aufbereitende Genossenschaft.

Mangelhaft

Gegen den Beschluß legten die Anwälte der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, die die Genossenschaft vertreten, Rechtsbeschwerde ein. Mit der Begründung, aus dem Urteil des Amtsgerichtes werde eigentlich nicht wirklich deutlich, ob und wie denn nun die Aufbereiterin eigentlich gegen Verordnungen verstoßen habe, zogen die Beklagten vor die nächste Instanz, das Oberlandesgericht in Hamm. Die Hammer Richter schlossen sich

der Beschwerde nach eigener Prüfung der Sachlage an. Als „lückenhaft“ und „voller Mängel“ bezeichnete das OLG Hamm das Urteil und hob es deshalb auf. Also muss sich nun erneut das Amtsgericht in Recklinghausen damit befassen. Fast noch erfreulicher ist aber die Tatsache, dass sich das Hammer Gericht auch zur Frage der Sortennamenaufzeichnung im Zusammenhang mit den Nachbaugesetzen äußerte. Es bestätigte die Haltung des EuGH, wonach Aufbereiter keinerlei Verpflichtung haben, ihre Kunden nach Sortennamen vom angelieferten Nachbauseaatgut zu fragen. Es gebe „keine umfassende Informationspflicht hinsichtlich der Sorten“ für die Aufbereiter. Eine Informationspflicht bestehe nur, wenn der Landwirt dem Aufbereiter den Namen der Sorte mitgeteilt habe, so die Hammer Richter. Man darf gespannt sein, wie nun erneut das gerüffelte Amtsgericht mit dem Verfahren umgeht. Wichtig bleibt für alle Aufbereiter wie auch Bäuerinnen und Bauern: keine Namen nennen! cs



Unternehmen wollen Gebühren

Der Arbeitskreis Welternährung (AKWE) ist ein regelmäßiger Runder Tisch mit Vertretern aus BMZ, BMELV und Zivilgesellschaft zu vornehmlich entwicklungspolitischen Themen. In seiner letzten Sitzung im Januar 2013 ging es unter anderem um die Überarbeitung der Saatgutgesetzgebung in der EU. Claudia Döring vom Deutschen Raiffeisenverband führte aus, dass der Saatgutbereich eine große Rolle spiele. Aber auch die weltweiten Logistikströme, die Markttransparenz und die Ertragsverbesserung durch Pestizid- und Düngemittleinsatz. Auf die Frage, wie der Stand der Saatgutverkehrsgesetzneuerung und die Position des Raiffeisenverbandes dazu sei, antwortete sie: Beim Saatgutrecht gehe es vor allem um Bürokratieabbau und Verschlinkung. Es bestehe Konsens unter den Unternehmen, keinen freien Nachbau zuzulassen. Die Nachbaugebühren seien EU-weit gesunken. Wenn die Nachbaugebühr ausbleibe, dann komme es zu einem Rückgang der Aktivitäten im Bereich der Züchtung. Nicht nur für moderne Sorten, auch für angepasste regionale Sorten. Im Moment werde noch versucht, zu überzeugen, dass Nachbaugebühren sinnvoll sind. Dafür werde der Dialog mit den Landwirten gesucht. Da seien in letzter Zeit Fehler gemacht worden. Wenn das nicht funktioniere, dann gebe es Überlegungen, als Nachbaugebühr einen Beitrag pro Hektar verpflichtend zu machen. bet



Bunter, vielfältiger Protest in Berlin. Der freie Zugang zu Saatgut, als Grundlage bäuerlicher Landwirtschaft, war eine der Forderungen. Foto: Herzog

Fortsetzung von Seite 12

sich überlegen, ob er nicht die zwei bis drei Euro mehr für eine Bodenbearbeitungsmaßnahme ausgeben wolle, um seinem Umfeld den monatelangen Anblick einer orangefarbenen Ackerfläche zu ersparen. Auch der Abteilungsleiter im BMELV Werner Kloos (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Staatssekretär) sagte, die Frage sei angesichts immenser Nitratüberschüsse und zu viel Antibiotika in der Tierhaltung nicht, ob sich etwas ändern müsse, sondern was sich ändern müsse. Niedersachsens Noch-Landwirt-

schaftsminister Gerd Lindemann (CDU) hatte gleich im neuen Jahr in der FAZ kritisiert, dass es immer noch Verbandsvertreter gebe, die glauben würden, sie hätten nur ein Kommunikationsproblem. Gleichzeitig negierte er eine Massenbewegung für eine bäuerliche Landwirtschaft, in dem er auf die Demo in Hannover verwies, bei der mit 2000 Menschen nicht mehr als bei einem Drittliga Fußballspiel gekommen seien. Benny Härlin, einer derer, die mitten drin sind der Bewegung, schreibt im kritischen Agrarbericht: „Was da zusammenwächst, wäre vor ein paar Jahren vielleicht selbst noch nicht auf die Idee gekommen zusammen zu gehören. Es herrscht

Aufbruchstimmung rund ums Essen und die Landwirtschaft.“ Felix Prinz zu Löwenstein, Präsident des Bundesverbandes ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), sagte auf der Pressekonferenz anlässlich der Grünen Woche in Berlin, man demonstriere in einem gesellschaftlichen Bündnis für einen neuen zukunftsfähigen Weg von Landwirtschaft, es gehe hier nicht nur „um die Anliegen von ein paar Umweltverbänden.“ Deshalb brauche es Preise für konventionelle Schnitzel, die die Folgekosten beinhalten, die allen Menschen weltweit durch eine Verdrängung der bäuerlichen Landwirtschaft durch Agrarindustrie aufgebürdet würden. cs

Positionspapier zur G8-Initiative

16 Organisationen und Netzwerke, darunter auch die Abl, kritisieren in einem gemeinsamen Papier „Strukturanpassung 2.0“ die Machenschaften der G8-Initiative, eine sogenannte „Neue Allianz für Ernährungssicherheit in Afrika“. Deutschland ist Teil dieser 2012 ins Leben gerufenen Allianz. Die Zivilgesellschaft warnt, dass die G8-Initiative der Agrar- und Ernährungsindustrie nützt, aber den Kleinbauern schaden kann. Die Politikvorgaben dieser neuen Allianz zielen sehr einseitig auf eine Industrialisierung der Landwirtschaft ab, die auf Hybridsaatgut, Gentechnik, mehr Düngemittel und Pestizide setzt. Alles alte Rezepturen der Grünen Revolution, die schon in der Vergangenheit vor allem marginalisierte und verarmte Kleinbauern nicht erreicht hat. Die Organisationen fordern, dass das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) die eigenen Strategien zur Armutbekämpfung umsetzt. Das heißt in der Konsequenz, sich aus der G8-Initiative zurückzuziehen und die Politik an den Interessen und Potenzialen der Kleinbauern auszurichten. Positionspapier: www.abl-ev.de/themen/fairer-welthandel/positionen. bet

Herbizid-Krise

Besorgt oder resignativ zeigten sich Pestizid-Experten bei einem Symposium des Bayer-Konzerns im November in Frankfurt und Monheim. Die Krise in der Herbizidforschung zeige sich nicht nur in der massiven Zunahme resistenter Unkräuter und Ungräser und an der „ganz erheblichen Abnahme“ der zur Verfügung stehenden Herbizide. Bayer-Forscher Dr. Stübler beklagte, dass die weltweite Pflanzenschutzindustrie seit über 25 Jahren kein wirtschaftlich bedeutendes Herbizid mit neuem Wirkmechanismus mehr für Flächenkulturen entwickelt habe. Auch die externen Experten, unter anderem aus den Max-Planck-Instituten, konnten im Wesentlichen nur das Fehlen alternativer Wirkmechanismen, neuartiger Substanzen oder resistenzbrechender Eigenschaften konstatieren und eine verstärkte Kooperation empfehlen. Ob bei dem Symposium die ackerbaulichen Fehlentwicklungen und Defizite als wirklicher Ursache der Herbizid-Krise thematisiert wurden, geht aus der Presse-Information des Bayer-Konzerns nicht hervor en

Gentechnik erfordert mehr Pestizide

Über einen steigenden Pestizid-Einsatz durch Gentechnik-Anbau berichten die DLG-Mitteilungen. Laut einer Studie an der Washington State Universität stieg die Herbizid- und Insektizid-Anwendung bei gentechnisch verändertem Mais, Soja und Baumwolle in den USA von 1996 bis 2011 um 183.000 Tonnen an - wegen resistenter Superunkräuter und Insekten. en

Kurzes am Rande

Zeichensetzungen

Der Tierschutzbund stellt sein Label vor, wo andere noch Baustellen haben

Von einem nicht leichten Schritt, der aber nötig ist, weil die gesetzlichen Regelungen und Kennzeichnungen nicht ausreichen, schreibt die Presseerklärung des deutschen Tierschutzbundes und zitiert damit seinen Präsidenten Thomas Schröder. Es geht um das Tierschutzlabel und bei dessen offizieller Vorstellung in Berlin im Vorfeld der Grünen Woche wandelt Schröder das schriftliche Zitat ein wenig ab: „Es war kein leichter Schritt, uns mit der Fleischindustrie an einen Tisch zu setzen.“ Herausgekommen ist ein Label, das, wie die Tageszeitung kommentierend schreibt: „mehr Tierschutz, aber nicht genug Tierschutz“ bedeutet. Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) steht bei der Vorstellung daneben, obwohl Pate stehen, dass mag sie auf Nachfrage eines Journalisten nicht so richtig, wohl aber betonen, dass sie eine Million Euro dafür locker gemacht hat. Auch fragen lassen muss sie sich, ob die gesetzlichen Anforderungen an die Tierhaltung nicht ausreichend dem Tierschutz gerecht würden. Sie erklärt, man könne doch keine nationalen Alleingänge machen wegen der Wettbewerbsverzerrungen, deshalb gäbe es jetzt zumindest Wahlfreiheit. Ein Einstiegslabel mit im Wesentlichen etwas mehr Platz für die Tiere und wohl erst etwas später das Premiumlabel mit Auslauf und Stroh. Die Bundeslandwirtschaftsministerin spricht von einer Umfrage aus ihrem Haus, nach der Tierschutz an erster Stelle genannt würde, wenn nach Kaufkriterien gefragt würde, der Preis käme – und das sei eine neue Entwicklung – erst an dritter Stelle nach der Regionalität. Auch

Thomas Schröder betont, nun seien die Konsumenten am Zug, von ihnen hänge ab, wie schnell über die Wiesenhof- Hühnerställe und die 20 Schweinebetriebe hinaus, die nun für das Einstiegslabel zertifiziert wurden, weitere Schritte gemacht werden könnten. Folgen sollen schließlich auch Premiumställe, Neuland- oder Biobetriebe, die mit dem Label vermarkten wollen, wenn sie Interesse daran haben. Die ersten Neulandhöfe in Süddeutschland steigen gerade ein. Hingegen ist klar, weder Wiesenhof noch der Partner aus der Schweine-Schlachtbranche Vion haben ihrerseits ein Interesse am Premiumlabel, für sie ist die Einstiegsstufe eigentlich schon das Ende der Fahnenstange.

Wahlvielfalt?

Die Frage ist, wie an der Ladentheke mit dem Tierschutz light umgegangen wird, auch wenn weitere Programme oder Label dazukommen. Schließlich spricht sogar der Bauernverband davon, einen über die gesetzlichen Standards hinausgehenden Kriterienkatalog erarbeiten zu wollen, nach dem sie die Struktur des QS-System nutzend, Bauern und Bäuerinnen ihre Ställe zertifizieren lassen können. Aus einem Fonds, der mit Beiträgen aus der gesamten Wertschöpfungskette gespeist werden soll, bekommen die Bauern und Bäuerinnen entsprechend der von ihnen erfüllten Einzelkriterien Bonuszahlungen. Bei genauerem Hinsehen fällt auf, dass sich dahinter jenes Bonuspunktesystem verbirgt, mit dem die Tierschutzorganisation Provieh vor einigen Monaten mit Verarbeitungs- und Handelspartnern in die Öffentlichkeit gegangen ist. Durch die Öffnung der Arbeitsgruppe kam es zum Stühlerücken, bei dem Provieh raus und der Bauernverband rein in die Diskussionsrunden wanderte. „Nun fehlt ihnen die Kompetenz im Tierschutzbereich“, kommentiert Stefan Jonigk, Geschäftsführer von Provieh, trocken und spricht auch von „gnadenloser Arroganz“ bei bestimmten Verbandsvertretern. „Wir könnten längst einen ersten Aufschlag gemacht haben“, sagt Jonigk nicht ohne Frust, gleichzeitig stellt er klar: Ergebnisse gebe es „nicht ohne uns.“ Es könnten also unter Umständen schon Bauern und Bäuerinnen mit Tierschutz Geld verdienen, wenn nicht der Bauernverband ein Problem damit hätte, sich mit einem Tierschutzverband an einen Tisch zu setzen. Womit wir wieder da wären: dass der deutsche Tierschutzbund sich mit der Fleischindustrie an einen Tisch gesetzt hat, hat den beteiligten Bauern und Bäuerinnen zwar noch keinen Cent mehr in die Kasse gespült - die Labelware muss sich erst mal verkaufen - aber es zeugt zumindest von ernsthaftem gutem Willen. cs



Zwei Sterne: Premium für die Absichten des Präsidenten des Tierschutzbunds Thomas Schröder. Ein Stern für das bisschen Tierschutz der Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner. Foto: DTB

Aigner erfindet Regional-Logo

Das Regionalfenster bleibt hinter den Erwartungen zurück

Die Grüne Woche in Berlin wählte sich Ilse Aigner, um das vom Bundesministerium vor einem Jahr initiierte und inzwischen entwickelte Kennzeichen für Regionale Produkte vorzustellen. Produkte mit der Kennzeichnung Regionalfenster sind bis April diesen Jahres in 20 ausgewählten Testmärkten in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hamburg, in Hessen und Berlin/Brandenburg erhältlich. In diesem Zeitraum soll die Akzeptanz der Verbraucher getestet und das Label weiterentwickelt werden.

Kein Siegel, nur ein Label

Auf dem Produkt wird das Regionalfenster in Form eines blau-weißen Labels zu finden sein. Angegeben wird die Region, aus der das Produkt stammt. Sie muss kleiner als Deutschland sein, darf aber Länder und sogar Staatsgrenzen überschreiten. Damit ist in Zukunft Deutschland ohne Helgoland regional. Aber auch Äpfel aus Südtirol können regional sein, wenn man die Region sich von Garmisch-Partenkirchen nach Süden erstrecken lässt. Auch bezüglich der Verarbeitung lassen die Rahmenbedingungen viel Spielraum. Anders als zu erwarten, muss der Ort der Verarbeitung zwar angegeben werden, muss aber nicht in der Herkunftsregion der



Zutaten liegen. Damit verzichten die Initiatoren auf die Möglichkeit, die gesamte Wertschöpfung in der Region zu halten.

Regional: Moselwein in China

Auch bezüglich der Vermarktungsregion machen die Initiatoren keine Vorgaben. So können die schwäbischen Maultaschen mit ihrem Regionallabel auch in der Berliner Kühltheke liegen. Wein von der Mosel soll in China sehr begehrt sein. Zukünftig möglicherweise auch mit Regionallabel. Ein Bezug des Kunden zu seiner Region und kurze Transportwege Fehlanzeige.

Zwar beton Aigner das Bedürfnis der Verbraucher nach mehr Informationen zur Herkunft: "Eine Umfrage im Auftrag des Ministeriums hat ergeben, dass es für 67 Prozent aller Verbraucher wichtig ist, dass Lebensmittel aus einer bestimmten Region

kommen. Damit ist Regionalität beim Einkauf von Lebensmitteln ein immer bedeutenderes Kriterium". Bewusst verzichtet wird aber beim Regionalfenster auf weitere von den Verbrauchern immer wieder geforderten Angaben zur Art der Erzeugung wie beispielsweise fair, nachhaltig, ökologisch, ohne Gentechnik, tiergerecht. Diese Angaben werden, wie am Beispiel des Tierschutzes zukünftig, wenn überhaupt, in einem gesonderten Logo auf dem Produkt zu finden sein (siehe Artikel Seite 5).

Ungenutzte Potentiale

Faste alle Regionalinitiativen sind hier weiter. Sie verbinden mit den Begriffen Region und Regional mehr als ein zusätzliches Verkaufsargument. Bioland und der Bundesverband der Regionalbewegung e.V. stellen klar, dass Herkunft allein kein ausreichendes Kriterium für regionale Produkte darstellt. „Die Kunden wollen nicht nur Rohstoffe und Verarbeitung aus der Region, sondern auch Tierschutz, keine Gentechnik und umweltverträglich erzeugte Lebensmittel.“ ergänzt Biolandpräsident Jan Plagge. Die Regionalbewegung und Bioland fordern von Bund und Ländern eine klare Politik, die Verbrauchern an der Ladentheke eine glaubwürdige Orientierung ermöglichen sowie eine aktive Unterstützung und Strukturförderung von Regionalvermarktungsinitiativen, kleiner und mittlerer Unternehmen und des Handwerks.

Der Bundesverband der Regionalbewegung e.V. fordert Mindeststandards für Regionalität. „Derzeit sind viele Mogelpackungen auf dem Markt, die es den glaubwürdigen Regionalprodukten schwer machen. Oftmals ist dabei nur der Sitz der Hersteller ausschlaggebend und nicht die Herkunft der Rohstoffe.“ betont Heiner Sindel, 1. Vorsitzender des Bundesverbandes der Regionalbewegung. Zumindest dies ist beim Regionalfenster anders. Die Hauptzutat zu 100% aus der definierten Region stammen. Beträgt sie weniger als 50% des Produktgesamtgewichts, so müssen auch die weiteren Zutaten jeweils zu 100% aus der definierten Region stammen, bis mindestens 51% des Gesamtgewichtes erreicht sind.

Ob es dem Regionalfenster gelingen kann, den ländlichen Raum durch Wertschöpfung in der Landwirtschaft und im Handwerk zu stärken und kleine und mittelständische Unternehmen als Stabilitätsfaktoren der Gesellschaft zu fördern, wie Sindel unabhängig von der Bundesinitiative fordert, bleibt offen. Die fehlende Beschränkung auf die Region als Absatzort öffnet dem Regionalfenster zwar einen größeren Markt, verwässert aber gleichzeitig seine Aussagekraft. Es bleibt abzuwarten ob die Verbraucher bereit sind, für den beschränkten Mehrwert einen höheren Preis zu zahlen. *mm*

Kurzes am Rande

OLG Jena erleichtert Landgrabbing

Das Thüringer Oberlandesgericht in Jena hat mit einem Urteil zum Grundstücksverkehrs-Gesetz die Auslegung der „ungesunden Verteilung von Grund und Boden“ weiter geöffnet und sogar aufgezeigt, worauf auswärtige Flächenerwerber von weit entfernten Standorten achten müssen. Darauf verweist Josef Deutinger aus der Augsburger Anwaltskanzlei Meidert und Kollegen im dlz-agrarmagazin. Während für eine Bewirtschaftung von Flächen durch nicht ortsansässige Landwirte bisher eine Obergrenze von 30 bis 40 km galt, erleichtert das Jenaer Urteil (Az.: Lw U 183/11 vom November 2011) das Landgrabbing durch außerlandwirtschaftliche Investoren und Agrarindustrielle mit lediglich einer Briefkastenfirma vor Ort: Der Käufer von weit entfernten Flächen muss demnach die Flächen nicht selbst bewirtschaften – er kann die Bewirtschaftung (auch ohne Hofstelle) ganz oder teilweise - ohne Verpachtung - an ortsansässige Landwirte oder Maschinenringe vergeben. *en*

Holländische Tierschutz-Sterne bei Hähnchen

Die holländische Tierschutzorganisation Wakker Dier hat im Rahmen ihrer „Plofkip-Kampagne“ gegen die Qualmast die führende Lebensmittelkette Albert Heijn (AH) zur Änderung ihres Sortiments aufgefordert. Wie bei Schweinefleisch dürfe in den AH-Regalen nur noch Masthühner-Fleisch mit mindestens einem Stern des „Beter-Leven“-Tierschutz-Siegels geführt werden. Bei „1 Stern“ stehen maximal 12 statt 21 Tiere auf einem Quadratmeter des Stalls, der täglich mit Stroh versorgt werden muss. Die Tiere aus langsamer wachsenden und gesünderen Rassen haben mindestens 56 (statt 30-40) Lebensstage und müssen zu 95% antibiotikafrei bleiben. Die Masthühner haben Scharrmöglichkeiten, 8 Stunden davon in einem überdachten Auslauf („Wintergarten“). Zwei Beter-Leven-Sterne gibt es für einen nicht überdachten Auslauf von mindestens einem Quadratmeter pro Tier. Bei drei Sternen haben die Tiere im Stall mehr Platz (10 Tiere je qm), 4 qm Auslauf und 81 Tage Mast- und Lebensdauer. „Beter Leven“ geht damit auch bei nur einem Tierschutz-Stern teilweise deutlich über die Anforderungen des Tierschutzsiegel-Sterns des Deutschen Tierschutzbunds bzw. der „Privathof“-Marke von Wesjohann-„Wiesengold“ hinaus. *en*

Stromabgabe-befreite Agrarindustrielle

Von der im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beschlossenen Abgabe zur Förderung der erneuerbaren Energien sind stromintensive Großunternehmen befreit, weil sie angeblich im internationalen Wettbewerb stehen oder kurz vor der Abwanderung ins Ausland. Mittlerweile wird diese Entlastung in der Öffentlichkeit heftig in Frage gestellt, weil sie den hohen Stromverbrauch einzelner Unternehmen zu Lasten anderer Anbieter, des Mittelstands und aller Verbraucher subventioniere. Der Bund der Energieverbraucher hält zudem die Abgabenbefreiung zahlreicher Unternehmen für nicht gesetzeskonform. In der Tat scheint diese Frage bei zahlreichen Unternehmen auch aus den Bereichen der Agrar- und Ernährungsindustrie berechtigt. Auf der Liste der mehr als 2000 abgabenbefreiten Firmen findet man nicht nur Back- oder Fleischwarenhersteller, Kühlhäuser, Brauereien, Mälzereien, Mühlen, Molkereien und Futtermittelhersteller, sondern auch den Rohstoffmulti Cargill, die BayWa AG, diverse Lebensmittelketten (Aldi, Edeka, Norma, Kaufland, Penny) und Geflügelkonzerne wie Wesjohann-„Wiesenhof“ (mit diversen Unterfirmen), Wimex, Cobb Germany Avimex oder Lohmann. Selbst aus dem engeren Agrarbereich haben es etwa 25 große ostdeutsche LPG-Nachfolgebetriebe auf die Befreiungsliste geschafft. Zur Begünstigung dieser Betriebe bei Pacht und Bodenkauf und bei den Flächenprämien kommt in diesen Fällen noch eine weitere Subvention hinzu - und damit eine weitere Wettbewerbsverzerrung zu Lasten anderer landwirtschaftlicher Betriebe. *en*

Gentechnik erfordert mehr Pestizide

Über einen steigenden Pestizid-Einsatz durch Gentechnik-Anbau berichten die DLG-Mitteilungen. Laut einer Studie an der Washington State Universität stieg die Herbizid- und Insektizid-Anwendung bei gentechnisch verändertem Mais, Soja und Baumwolle in den USA von 1996 bis 2011 um 183.000 Tonnen an - wegen resistenter Superunkräuter und Insekten. *en*

Schaugarten in Üplingen ist abgezäunt

Erst zwei Wochen nachdem Unbekannte in Üplingen zwei Kilometer Zaun um die Gentechnik-Versuchsfelder des Schaugartens Üplingen über Nacht abmontiert hatten, erschien der Fall in der Presse. Nach Angaben des Polizeireviers Börde war der Zaun „ordnungsgemäß aufgerollt“, sowie Holzpfosten und Überwachungstechnik abgebaut. Flugblätter informierten über die angebliche Schließung des Schaugartens und über die „Haushaltsauflösung“. Schon 2012 fanden im Schaugarten keine öffentlichen Führungen mehr statt. Offen ist, ob in diesem Jahr Freisetzung im Schaugarten stattfinden. Genehmigt wäre die H7-1-Zuckerrübe von der KWS-Saat AG, die schon im letzten Jahr aus Mangel an weiteren Experimenten im Schaugarten nicht ausgesät wurde. Auch der Freisetzungversuch des Leibniz Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) mit gv Winter-Speiseweizen ist aufgrund der Witterungsverhältnisse auf den Winter 2013 verschoben worden. av

Polen verbietet Amflora und MON810

Ende Januar tritt das Verbot der polnischen Regierung vom Anbau des GV-Mais MON810 von Monsanto (Maiszünslerresistenz) und der GV-Stärkekartoffel Amflora von der BASF in Kraft. Auf Druck der EU-Kommission hatte Polen Ende 2012 ein neues Saatgut-Gesetz verabschiedet, das u.a. die Zulassung von GV-Sorten, die Bewertung und Kontrolle von Saatgut sowie den Handel mit GV-Sorten regelt. Diese Entscheidung löste erneut eine heftige Debatte über GV-Lebensmittel in der Öffentlichkeit aus. Kritiker werfen der Registrierung vor, den Verkauf von GV-Saatgut zu erlauben, statt den Anbau von entsprechenden Lebensmitteln zu unterbinden. Gegen die neuen Bestimmungen stimmte die gesamte Opposition - vom „Bündnis der demokratischen Linken“ (SLD) bis zur konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Bürger organisierten spontan Proteste vor dem Amtssitz von Präsident Bronislaw Komorowski, der ihrer Ansicht nach ein Veto gegen das Saatgut-Gesetz einlegen sollte. Die Regierung hatte damals versprochen, auf dem Verordnungsweg den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verhindern zu wollen. Dem ist sie nun nachgekommen. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner sieht gegenwärtig keinen Anlass, neben dem bestehenden MON810-Verbot auch Amflora zu verbieten. Laut Landwirtschaftsministerium seien die Begründungen für das Amflora-Verbot in Polen (das Antibiotikaresistenzmarker) keine neuen Informationen. Kirschen Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Linken hatte die Anfrage gestellt und betont, dass nur durch Anbauverbote die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei wirklich geschützt werden. av

Fortuna bringt der BASF kein Glück

Ein weiterer schöner Erfolg für die gentechnikfreie Bewegung – die BASF gab überraschenderweise bekannt, dass die Zulassungsprozesse für ihre Kartoffelprojekte „Fortuna“ (eine Kraut- und Knollenfäule resistente GV-Pommekartoffel) sowie „Amadea“ und „Modena“ (zwei in ihrer Stärkezusammensetzung veränderte GV-Industriekartoffeln) in ganz Europa gestoppt werden. In einer Pressemeldung vom 29.01.2013 erklärte sie, dass „weitere Investitionen aufgrund der Unwägbarkeiten im regulatorischen Umfeld und drohender Feldzerstörungen nicht gerechtfertigt werden können.“ Ein Unternehmenssprecher ergänzte gegenüber der Bauernstimme: „Hintergrund war, dass sich die BASF Business-Optionen offen halten wollte. Allerdings haben wir keinen Partner gefunden, der Interesse an GV-Kartoffeln hat - auch weil die Kartoffeln rein für den europäischen Markt ausgerichtet waren.“ Vor genau einem Jahr hat die BASF Plant Science ihre Gentechniksparte in die USA verlegt und ihr Prestigeobjekt, die gv Stärkekartoffel Amflora, aufgegeben. Diese hatte es sogar in den Koalitionsvertrag der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung geschafft. Ursache für den Stopp war, dass „die Wertschöpfungskette aufgrund mangelnder Akzeptanz den Schritt mit Amflora nicht gewagt hat,“ so der Unternehmenssprecher aktuell gegenüber der Bauernstimme. Neben den GV-Kartoffeln will die BASF ebenfalls ihre Forschungstätigkeiten für GV-Futtermais mit veränderten Nährstoffen in den USA einstellen. Letzter Hoffnungstropfen der BASF ist jetzt eine Kooperation mit Monsanto. Zusammen wollen sie pilz- und stresstolerante Mais- und Sojapflanzen für Nord- und Südamerika entwickeln. av

Kurzes am Rande

Die Bedrohung von Maja

EFSA sieht Bienen durch Neonicotinoide gefährdet

Von Neonicotinoiden geht eine Gefahr für Bienen aus. Das hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA festgestellt. Die Behörde bezieht sich bei ihren Untersuchungen auf Daten, die in der Vergangenheit zur Zulassung der Wirkstoffe auf EU-Ebene und zur Unterstützung der Produktzulassungen in Mitgliedsstaaten eingereicht wurden. Darüber hinaus haben die Wissenschaftler einschlägige Literatur und Überwachungsdaten ausgewertet. Sowie neue Erkenntnisse zur Bewertung der von Pflanzenschutzmitteln ausgehenden Risiken für Bestäuber und damit auch Bienen.

Nicht in jedem Fall ist es den Wissenschaftlern gelungen, die Risikobewertung abzuschließen. In einigen Fällen war die Datenlage zu gering. In den Fällen, in denen aber eine Bewertung möglich war, stellte die Behörde für die Neonicotinoid-Insektizide Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam ein Risiko für Bienen fest. Die genannten Neonicotinoid-Insektizide werden zur Saatgutbehandlung bzw. als Granulat eingesetzt. Die systemisch wirkenden Neonicotinoide werden von der Pflanze während und nach der Keimung aufgenommen und verbleiben für einen längeren Zeitpunkt in den Pflanzenteilen, so auch im Pollen und Nektar. Die EFSA kam deshalb gemeinsam mit Sachverständigen aus den EU-Mitgliedsstaaten zu dem Schluss, dass eine Verwendung nur bei Pflanzen akzeptiert werden kann, die von Honigbienen nicht angefliegen werden. Weitere mögliche Risiken für Bienen gehen laut EFSA von Stäuben aus, die beispielsweise bei der Aussaat von gebeiztem Saatgut freigesetzt werden können. Schon im Jahr 2008 waren im Rheintal bei der Aussaat von gebeiztem Maissaatgut durch die Abluft der pneumatischen Sämaschine Stäube des Beizmittels Clothianidin weitläufig verteilt worden. Im betroffenen Gebiet wurden von amtlicher Seite 11.500 geschädigte bzw. eingegangene Bienenvölker registriert.

Eine tödliche Wasserquelle

Eine dritte Risikoquelle ist die als Guttation bezeichnete aktive Abgabe von Wasser. Das Guttationswasser gebeizter Pflanzen enthält erhebliche Mengen der Neonicotinoide. Bereits 2009 wies der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund auf Untersuchungen des italienischen Wissenschaftlers Prof. Vincenzo Girolami von der Universität von Padua hin, der herausgefunden hatte, dass in den ersten Tropfen, die die junge Maispflanze auf diese Art absondert, Insektizid-Konzentrationen von 10 – 100 ppm erreicht werden. Die mittlere letale Dosis für eine Biene bei direkter Aufnahme liegt bei ca. 0,15 ppm.

Wenig erfreut reagieren erwartungsgemäß die Herstellerunternehmen. Allen voran BASF CropScience. Dennoch gibt sich das Unternehmen selbstbewußt. „Neonicotinoide können sicher und effektiv in einer nachhaltigen Landwirtschaft eingesetzt werden.“ fasst das Unternehmen seine Sicht der Dinge in einer aktuellen Presseerklärung zusammen. Offensiv wird behauptet, die Kritik der EFSA würde vor allem auf nicht vorhandenen Daten beruhen, obwohl die EFSA bewusst nur die Ergebnisse veröffentlicht hat, bei denen die Datenlage eine abschließende Bewertung möglich machte.

Keine voreiligen Schlüsse

Im direkten Gespräch verweisen die Ansprechpartner bei BASF auf eine allgemein bekannte und verbreitete schlechte Bienengesundheit, die vor allem auf den Befall mit parasitierenden Varoamilben und einer nicht näher benannten Vielzahl von Faktoren zurückzuführen sei. Zwar ist die 1977 in Deutschland eingeschleppte Varoamilbe bei schlechter Bestandsführung ein Problem für die Bienen. Durch die langjährige Erfahrung haben die Imker allerdings sichere Behandlungskonzepte entwickelt, um eine Schädigung zu verhindern. Bleiben die vielfältigen Faktoren, zu denen unter anderem wohl auch Neonicotinoide zählen.

Verlässliche Einnahmequelle

Aussagen zur wirtschaftlichen Bedeutung der Wirkstoffgruppe für das Unternehmen BAYER sind selten. In einer Bundestagsanfrage der Linken aus dem Jahr 2008 beziffern die Fragesteller den Clothianidin-Umsatz von Bayer für 2007 mit 237 Mio. Euro und den von Imidacloprid über 500 Mio. Euro. Und kommen schon damals zu dem Schluss: „Es ist davon auszugehen, dass der Hersteller daher ein dauerhaftes Verbot verhindern will.“

Für die Imker ist die neue Bewertung der EFSA ein erster Lichtblick. Sie kritisieren seit Jahren die Gefährdung der von Ihnen betreuten Nutztiere, mit der vielfach unterschätzten Bedeutung für den Erhalt einer blühenden Landschaft, als Grundlage reichhaltiger Ernten. Allein in einem Bienenvolk leben zum Zeitpunkt der Blüte ca. 60.000 Bienen. Etwa die Hälfte davon, 30.000, sammeln Honig. Jede einzelne besucht pro Tag zwischen 100 und 150 Blüten. Nicht vorzustellen, wenn die fleißigen Helfer dem Geschäftsinteresse eines Unternehmens geopfert würden. mn

Bündnis für Boden

Junge Bäuerinnen und Bauern engagieren sich gegen Landgrabbing

Viel Bewegung ist derzeit auf dem Land. Eine neue ist das Bündnis Junge Landwirtschaft, eine bunte Mischung junger Leute mit einem regionalen Schwerpunkt in Ostdeutschland, nach oder in der landwirtschaftlichen Ausbildung, im Studium. Sie wollen auf dem Land leben und arbeiten und brauchen dazu Boden, und an der Stelle fangen meist die Schwierigkeiten an. Deshalb hat das Bündnis Junge Landwirtschaft zum Bund-Länder-Treffen der Agrar- und Finanzminister Ende Januar einen Forderungskatalog erarbeitet: „Wir fordern neue Regeln für die Bodenprivatisierung durch die BVVG. Die noch vorhandenen Flächen sollen nach agrarstrukturellen Aspekten zugunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft privatisiert oder verpachtet werden. Für Neu- und QuereinsteigerInnen in die Landwirtschaft fordern wir bessere Chancen. Notwendig sind auch neue Initiativen, die bäuerliche Existenzgründungen und Hofnachfolgen fördern. Hierzu gehört die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Hofstellen. Darüber hinaus fordern wir wirksame Gesetze gegen die Konzentration von Agrarland in wenigen Händen und eine Kappung der Subventionen für die Agrarindustrie.“ Die rund 200 Unterzeichner des Aufrufs umreißen die Situation treffend: „Landgrabbing“ außerlandwirtschaftlicher Investoren sorgen für explodierende Bodenpreise und Mega-Betriebe, denen es nur um kurzfristige Gewinne und das Abschöpfen von Subventionen geht. Sie agieren ohne regionale Verankerung und Wertschöpfung. Umweltschutz, Nachbarschaftshilfe oder die Lebensqualität ländlicher Regionen spielen für diese Investoren kaum eine Rolle. Bäuerliche Betriebe und ExistenzgründerInnen haben in diesem „Agrar-Monopoly“ schlechte Karten. Die derzeitige Agrarpolitik begünstigt Großbetriebe und kapitalkräftige Investoren. Sie führt in den ostdeutschen Bundesländern zum Gegenteil dessen, was offiziell zur Zukunft unserer ländlichen Räume postuliert wird: Die ländlichen Regionen bluten weiter aus. Tausende Arbeitsplätze auf dem Land gehen verloren. Regionale Kreisläufe werden durch die Agrarindustrie verdrängt. Die Arten- und Sortenvielfalt sinkt. Massentierhaltung, Agrarwüsten, Lebensmittel- und Umweltskandale sind Tor und Hof geöffnet.“

Auch andere

Mit einer ähnlichen Einschätzung meldete sich der brandenburgische CDU-Bundestagsabgeordnete

Hans-Georg von der Marwitz zu Wort. Nach seiner Einschätzung drohe die gegenwärtige Agrarstrukturentwicklung in Ostdeutschland völlig aus dem Ruder zu laufen. Die Übernahme von Betrieben durch anonyme Kapitalgesellschaften oder ortsfremde Investoren vollziehe sich in großem Umfang, sagte der selbst einen Betrieb bewirtschaftende Politiker in einer Presseerklärung. Seine Schlussfolgerung ist die Hinwendung zu einer vielschichtigen Landwirtschaft, die politischen Handlungsbedarf erfordere. Seiner Meinung nach ist eine entscheidende Stellschraube die Praxis der Direktzahlungen, die schrittweise abgebaut werden müssten. Er bekräftigte seine bereits erhobene Forderung nach einer Kappung der Gelder bei einer betrieblichen Obergrenze in der anstehenden Reform. Auch der ehemalige Bundesverfassungsrichter und Wirtschaftsexperte Paul Kirchhof äußerte sich in diesem Sinne über die Entwicklung der Agrarstruktur in Deutschland. „Ich halte den zunehmenden Einstieg von Kapitalgesellschaften in die Landwirtschaft für bedenklich.“ Seiner Auffassung nach gefährden die Anonymität des Eigentums an diesen Unternehmen, die Orientierung der Unternehmensführung am Aktionärswert und insbesondere die Verstetigung des Unternehmens in der Struktur einer Kapitalgesellschaft, statt ihrer Erneuerung durch Familiennachfolge, die Funktionen, die das Privateigentum erfüllen soll. Landgrabbing ist offensichtlich längst nicht mehr nur ein Thema des Südens, in Polen gibt es anhaltende Bauernproteste mit Treckerblockaden gegen die Übernahme von Land durch außerlandwirtschaftliche und ausländische Investoren, die nun durch eine Arbeitsgruppe der entsprechenden Agentur für Landverkäufe stärker reglementiert werden sollen. In Ungarn hat das Parlament jüngst ein Verkaufsverbot von landwirtschaftlicher Nutzfläche an Ausländer beschlossen. Ackerflächen beider Länder sind nach dem Ende des Sozialismus besonders begehrte Objekte für Investoren aus dem Westen geworden. cs

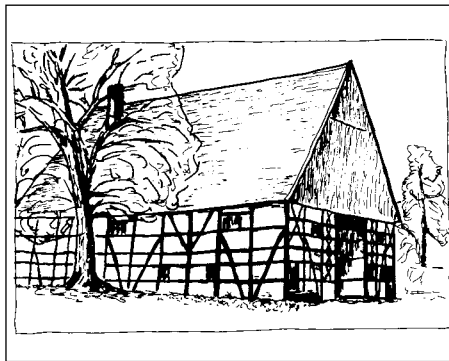


Boden, die Grundlage aller Bäuerlichkeit.

Foto: Sturm/pixelio

Der wollige Wahnsinn

Ein Samstagabend im Januar. In bester Feierabendlaune steige ich aus der Dusche und reiße das Badezimmerfenster auf. „Mä-ä-äh, Böööh“ dringt es laut ins Badezimmer. Die Schafe stehen unterm Fenster. Besser gesagt: die Schafe meiner Tochter. Wolly und Molly. Immer zur Stelle, wenn man sie gerade nicht braucht. Zum Beispiel an diesem Samstagabend, als wir ins Theater wollen. Es ist sechs Uhr, um halb acht beginnt „Der nackte Wahnsinn“, eine englische Komödie.



... aus Westfalen

Eigentlich will ich schon seit zehn Jahren nichts mehr mit Schafen zu tun haben. Damals hatte ich mich von meiner Schafherde getrennt, um mich voll auf die Tierart zu konzentrieren, die für unser Einkommen sorgt: Legehennen. „Nie mehr Schafe“, dachte ich und war froh. Ich hatte nicht mit dem Rest meiner Familie gerechnet. Damit un-

ser jüngster Sohn etwas zu tun hatte, kauften wir kurz nach der Abschaffung der Schafe zwei süße kleine Lämmer. Carl, damals neun Jahre, investierte sein Taschengeld in die neue Mini-Schafzucht. Seitdem bin ich nicht mehr Schäfer, sondern Schäfer-Assistent. Ein unbezahlter Fulltime-Job, ungefähr wie Kindererziehung. Dass die Sache mit den Schafen auf unserem Hof niemals enden würde, begriff ich erst letztes Jahr. Es war im Frühling. Die Schafe, inzwischen Eigentum unserer Tochter, hatten mal wieder den Gemüsegarten abgefressen. Kurzentschlossen fuhren wir mit dem Bulli nach Holland, um einen Gartenzaun zu kaufen. Einen robusten Kastanienzaun mit schafsfeindlichen Spitzen. Kurz vor der holländischen Grenze besuchten wir noch ein Kollegenehepaar, weil wir neugierig auf deren Hühneraufzucht waren. Während der Betriebsbesichtigung verschwand meine Frau plötzlich. Ich fand sie bei den Schafen: „Ist das Lamm nicht süß?“, meinte Julia ganz unschuldig. Mir war klar, was dieser Satz bedeutete. „Der Laderaum ist für den Zaun reserviert“, stellte ich eisern fest. „Aber unser Bulli hat drei Sitze“, sagte Julia. „Marie wird sich soo über das Lamm freuen!“ Mittlerweile ist Molly dank unzähliger Flaschen Milchaustauscher zu einem Prachtexemplar von Lamm herangewachsen, gefolgt von Wolly, die sich dadurch auszeichnet, dass ein gewaltiger Schafspelz den eher mickrigen Körper kaschiert. Ich liebe den Charme der beiden Kleinen, der darin besteht, immer laut zu werden, wenn ich meine Ruhe haben will.

Samstagabend, halb sieben. Ich schließe das Badezimmerfenster. „Was scheren mich die Schafe“ heißt das Buch, das auf der Fensterbank liegt. Auf dem grünen Buchumschlag behält ein süßer kleiner Gartenzwerg unter lauter Schafen die Ruhe. „Ganz genau, Kleiner!“ denke ich. Dann ziehe ich mich an und fahre mit Frau und Tochter ins Theater. Der „Nackte Wahnsinn“ ist umwerfend. Alle haben ihren Spaß. „Julia“, sage ich auf der Rückfahrt zu meiner Frau, „das war nicht der nackte Wahnsinn, das war der wollige Wahnsinn!“ Julia guckt mich verständnislos an. „Ganz klar“, erkläre ich: „Die Akteure sind immer am falschen Platz, rennen alles um und hängen an der Flasche. Notgeile Herren – also Böcke – treiben dämliche Damen – also Schafe – über das Gelände. Am Ende geben alle nur noch Blödsinn von sich. Mä-ä-äh. Böööh! Das ist unsere tägliche Schafskomödie!“

Ein Bauer (52) erzählt...

Vom Tabak zu Via Campesina

Die Bauernbewegung in der Türkei ist gut organisiert und international vernetzt.

Interview mit Abdullah Aysu, Confederation der Bauerngewerkschaften, Mitglied von Via Campesina in der Türkei. In der Türkei geht die Umstrukturierung der Landwirtschaft rasant voran. Im Gegensatz zu Europa ist sie immer noch hauptsächlich Familiensache kleinbäuerlicher Betriebe, doch die Bestrebungen der Regierung und grossen Konzerne gehen in eine andere Richtung und üben enormen Druck auf die vielen hunderttausenden Bauern aus.

Abdullah Aysu ist selbst Landwirt, er und seine Geschwister bewirtschaften seit jeher ihren Betrieb, der mit seinen 64 ha einen für türkische Verhältnisse großen Betrieb darstellt. Seit Jahren ist er beteiligt am Kampf um die Bauerngewerkschaften. "Wir Bauern sind die letzten Produzenten. Sie aber wollen uns auch zu Konsumenten machen. Es scheint sie zu bedrohen, dass wir uns selbst ernähren, dass wir unabhängig sind."

Herr Aysu, wo liegen die Wurzeln bzw. die Anfänge der Bauerngewerkschaften hier in der Türkei?

Im Jahr 2.000 organisierten wir einen zweitägigen Marsch gegen die Verschmutzung des Ergene Flusses. Die Region um diesen Fluss herum ist die wichtigste Ernährungsregion für die 20 Millionen Einwohner Istanbuls. Innerhalb weniger Jahre war sie zu einer riesigen Industriegegend verkommen. Die Fabriken schütten ihren Dreck Tonnenweise auf den Boden und in den Fluss. Unser Marsch fiel zufällig in die Zeit, in der die Regierung ihr Tabakmonopol privatisieren wollte. Vielen war damals klar, dass dies ein erster entscheidender Schritt sein würde, den Tabakanbau an die multinationalen Konzerne zu verkaufen. Der ehemals kleine

Marsch für den Fluss wurde unter dem Motto „Hände weg vom Tabak“ zu einem Riesenerfolg.

Wie ging es dann weiter?

Wir besuchten in kürzester Zeit 398 Dörfer und es kam zu unserem ersten "Tabakkongress", zu dem über 500 Bauern kamen, um über ihre Situation und Forderungen zu diskutieren. Obwohl wir im Anschluss ein Info Meeting mit 500 Abgeordneten hatten, in dem wir ihnen unsere Positionen mitteilten, haben sie nicht reagiert. Das neue Tabakgesetz kam, und mit ihm Phillip Morris und andere Tabakkonzerne. Von ehemals 543 000 Tabakbauern sind inzwischen nur noch ca 60.000 geblieben.

Trotz dieses anfänglichen Misserfolgs haben Sie sich nicht entmutigen lassen. Wie ging es danach weiter?

Diese Erfahrungen haben uns unsere Möglichkeiten gezeigt. Wir wussten nun, dass wir uns politisch organisieren können und müssen.

Wir tourten weiter durch hunderte Dörfer, Cafehäuser dienten uns als Versammlungsräume. Auf einem Kongress 2004 in Ankara stellten wir die Frage wie wir unsere Rechte als Bauern verteidigen können. Eine Antwort war die Gründung von produktorientierten Gewerkschaften, die nach aussen unsere Forderungen im jeweiligen Sektor vertreten sollten, und einige Zeit später dann die Konfederation der Bauerngewerkschaften als Dachverband.

Die verschiedenen Bereiche sind: Tabak, Tiere, Getreide, Trauben, Oliven, Zuckerrüben, Sonnenblumen, Tee und Haselnüsse.

Ja genau. Im gleichen Jahr führen einige von uns nach Sao Paulo, um erstmals bei einem Via Campesina Kongress teil zu nehmen. Wir, als türkische Bauern, wurden Teil von Via Campesina und unsere ersehnte Verbindung mit dem globalen Netzwerk wurde Realität. Als 2008 Via Campesina Europa gegründet wurde, waren wir eine

der Gründerorganisationen.

Wie ist die Situation der Bauern in der Türkei?

Wie die meisten Bauern global, sind auch wir einem enormen Druck ausgesetzt. Um diesen Druck in politische Forderungen um zu wandeln bedarf es eines großen Bewusstseinsbildungsprozesses. Die Bauern hier haben keine Tradition des politischen Widerstandes. Wir können nicht immer schlagfertig große Aktionen auf die Beine stellen. Aber wenn, wie wir hier sagen: "Das Messer den Knochen trifft", dann wird vieles möglich.

Erzählen Sie mir etwas aus dem bauerlichen Alltag in der Türkei!

In der Türkei gibt es hauptsächlich Kleinbauern. Der durchschnittliche Tierbesitz liegt bei 4 GE pro Betrieb. Die Größe liegt im Mittel bei 6 ha. Das Land ist nicht arrondiert, sondern die Flächen liegen um das Dorf herum. Oft sind die Ställe am Haus im Dorf, aber die Anbauflächen und die Weiden liegen außerhalb. Die Arbeit und der Besitz werden von Generation zu Generation weitergegeben, was nicht immer unproblematisch ist.

Wie kommt die Milch in den Supermarkt?

Jede Familie melkt ihre Tiere. Die Milch wird morgens in Kannen vor die Tür gestellt, ein Molkereitransport holt sie ab. Inzwischen hat es sich etabliert, dass die Molkereien im Tausch für die Milch das Tierfutter vor die Tür stellen. Am Ende wird Futter gegen Milch verrechnet und es bleibt nur ein kleiner Teil des Verdienstes. Damit ist ein schleicher Prozess des abhängigen werdens in Gang gesetzt worden.

Als Gewerkschaft motivieren wir die Bauern, das Futter entgegen aller Widerigkeiten weiterhin selbst anzubauen und ihre Tiere traditionell und artgerecht zu halten.

Welche Rolle spielen die Frauen in der türkischen Landwirtschaft?

Auch wenn ca 70% der Arbeitskräfte Frauen sind, liegt der Besitz dennoch fast zu 100% in den Händen der Männer. Das ist einer der Hauptgründe für Auseinandersetzungen in unserer sich als emanzipatorisch verstehenden Bewegung. Förderungen und Ausbildungsprogramme sind für Frauen nicht erreichbar. Sie sind meistens nicht einmal als Arbeiterinnen registriert. Auch die Vermarktung unterliegt der Kontrolle der Männer. Die Frauen leben in totaler Abhängigkeit. Wir haben uns



der Gleichstellung von Mann und Frau in unseren Gewerkschaften verpflichtet und sehen die Auseinandersetzung mit den daraus resultierenden Konflikten als einen der wichtigsten Aspekte unserer Arbeit hier! Die Frauen sind es, die einen Großteil der Arbeit leisten, sie melken, jäten, hacken, ernten.

Welches sind die vordringlichsten Aufgaben?

Wir müssen den Erhalt unserer kleinbäuerlichen Strukturen als unseren Widerstand begreifen, denn die Industrialisierung nach dem Modell der westlichen Länder droht in sehr naher Zukunft. Über die Gewerkschaften können wir uns artikulieren. Auch entstehen vielerorts Kooperativen innerhalb der Bauernschaft, um eigene Vermarktungsstrukturen aufzubauen. Konsumentenkooperativen als Abnehmer sind der nächste wichtige Schritt.

Vielen Dank für das Gespräch

Julia Bar-Tal, junge AbL



Proteste gegen die Monopolisierung des Tabaks.

Fotos: Bar-Tal



Abdullah Aysu, Confederation der Bauerngewerkschaften in der Türkei Foto: Bar-Tal

Abl-Milchtagung 2013

Montag, 04.03.2013, von 9.30 bis 16.30 Uhr

Kath. Landvolkshochschule Hardehausen, 34414 Warburg-Hardehausen

Auf dem Programm stehen u.a.:

Dr. Karin Jürgens, Prof. Dr. Onno Poppinga: Was kostet die Milch-Erzeugung in Deutschland? Ergebnisse einer Studie im Auftrag von BDM und EMB

Uwe Allers, Agrarberatung Stade: Wie bereiten sich Milchviehbetriebe auf das Ende der heutigen Milchquote vor?

Romuald Schaber, BDM und EMB: Wie bereiten sich Molkereien in Europa vor? Was machen die organisierten Milcherzeuger?

Maria Heubuch, Abl: Aufpreis für Grundmengen statt Staffelmehrschläge für Großbetriebe.

Lucas Kiefer, Univ. Hohenheim: Weidemilch wirtschaftlich erzeugen

Dr. Andrea Fink-Kessler, Buchautorin: Milch: Wertvolles Lebensmittel, nicht billige Massenware.

Prof. Dr. Ton Bars: Rohmilch und Gesundheit – neue Sichtweisen in der Wissenschaft.

Carsten Emmann, Universität Göttingen: Auswirkungen der gewachsenen Biogaserzeugung auf die Pachtpreisentwicklung

Gemeinsame Tagung von Abl, KLJB und Domäne Frankenhausen/Universität Kassel

Anmeldungen: KLJB, Ute Ackermann, Tel.: 02224-9465-21, u.ackermann@kljb.org

Infos: Abl, Ulrich Jasper, Tel.: 02381-9053171, jasper@abl-ev.de

Kurzes am Rande

Europa im Erdölrausch

Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit. Die Erdöl-Vorräte weltweit sind begrenzt. Seit Jahrzehnten wird diese Tatsache diskutiert – jetzt spitzt sich der globale Kampf um das schwarze Gold zu. Daniele Ganser, der Schweizer Historiker und Friedensforscher legt mit seinem Buch die erste Gesamtsicht der Abhängigkeit Europas vom Erdöl vor. Der Autor rollt die Geschichte der Erdölindustrie, von ihren Anfängen vor etwa 150 Jahren bis zur heutigen Lage, auf. Er beleuchtet den Einfluss des Erdöls auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg, das durch billige Energie angetriebene Wirtschaftswachstum der Nachkriegsjahre, die Erdölkrisen in den 70ern und den andauernden, blutigen Kampf ums Erdöl im Nahen Osten. Zum ersten Mal wird die Abhängigkeit Europas historisch aufgearbeitet.

ISBN 978-3-280-05474-1, Orell-Füssli Verlag, 414 Seiten, 24,95 €



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2013 2012 2011 2010 2009 2008 2007
22,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- € Neu!
.... Leitbild Schweiz oder Kasachstan	Stückpreis 8,-€ Neu!
.... Expl. Jung, dynamisch, erfolglos?	Stückpreis 8,-€ Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kommunikative Einbahnstraße

„Tipps für eine erfolgreiche Kommunikation mit Nachbarn und Medien“ will dieses Büchlein bieten. Nach allerlei Definitionen und Theorien zur „Krisenprävention“ bietet es etliche Tipps zu Strategien und Techniken der Öffentlichkeitsarbeit. Die allermeisten Bauern werden das alles gar nicht nötig haben - gibt doch die Autorin Luise Richard im Klappentext selber zu, dass „der einzelne Bauer aus dem Bekanntenkreis ein sehr gutes Image hat“. So richten sich die Tipps aus dem Verlag der agrarindustriell ausgerichteten DLG wohl vorrangig an die Investoren von großen Agrarfabriken. Ob diese Tipps denen wirklich helfen werden, darf bezweifelt werden. Geht es hier in Wirklichkeit doch nicht um eine echte Kommunikation oder einen wirklichen Dialog über Inhalte und gesellschaftlich kritisierte Entwicklungen, sondern lediglich um Techniken einer kommunikativen Einbahnstraße, mit denen man der Öffentlichkeit diese Entwicklungen schönfärben will. Das wird nicht funktionieren: Eine noch so professionelle Öffentlichkeitsarbeit und Verpackung wird die Agrarindustrie nicht gesellschaftsfähig machen. en Luise Richard, *Zwischen Feld und Fernsehen*, 120 Seiten, DLG-Verlag, Frankfurt/Main, 2012; 7,50 Euro

Anzeigen

Sonstiges

● Frau, 39J., sucht intellektuellen Mann zwecks Zweisamkeit. Habe Interesse an Schafen, Zuggpferden, Pflanzenbau, Politischen Entwicklungen, Gemeinschaftsgründung und persönlicher Weiterentwicklung. Chiffre: 01/2013

● Ferienhaus in SW-Frankreich. In alter Dorfstruktur mit großem Garten und alter Werkstatt, inmitten der Weinfeldern von Cognac. Atlantikstrände in 90 km, am Pilgerweg nach Compostella, 05021/4186, www.ARAMIS.de

Tiermarkt

● Verkaufte laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Abl Franken

Saatgutnachbau - Verschärfung der Saatgutnachbauregelung für Bauern? Referent: Georg Janssen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und der Interessengemeinschaft Nachbau
18.02.2013, Herrieden Schernberg, 20 Uhr, Gasthof Bergwirt
19.02.2013, Giebelstadt bei Würzburg, 20 Uhr, Saalbau Lutz
21.02.2013, Horbach bei Langenzenn, 20 Uhr Gasthaus Seerose

Naturgemäßer Baumschnitt

09.02.2013 09:00 bis 13:00 Uhr im Umweltbildungshaus Johannishöhe in 01737 Tharandt
www.johannishoehe.de

Saatguttauschbörsen in Sachsen

2. Februar in Meißen,
10. Februar in Bautzen,

16. Februar in Tharandt,
17. Februar in Kreba-Neudorf,
23. Februar in Leipzig,
24. Februar in Berthelsdorf,
2. März in Leisnig,
16. März in Zieggra,
www.lebendige-vielfalt.org

Wege in die Zukunft für eine nachhaltige Landwirtschaft

16.02.2013 in Paaren/Glien
Wir stehen an einem Scheideweg: bäuerliche Betriebe oder industrielle Agrarproduktion. Wollen wir unsere Betriebe sichern, müssen wir alle Paradigmen der Landwirtschaft überdenken.
Initiative Gentechnikanbaufreie Region südlicher Barnim, 16359 Biesenthal; ☎ 0172-3157595, email: gfr-barnim@la21-biesenthal.de

Solidarische Saatgut-Netzwerke entwickeln!

15.-17.2.13 Niederkaufungen

Ziel ist es, den Aufbau von regionalen Saatgut-Kooperations-Netzwerken zu unterstützen.
Das Treffen beginnt am Freitag um 18 Uhr und endet am Sonntag um 15 Uhr.
regiosaatcoops@saatgutkampagne.org

Saatgutfestival

23.02.2013 Iphofen
Statt Hybrid- und Gentechnik-Saatgut wird beim Saatgut-Festival die ganze Vielfalt alter und robuster Obst- und Gemüsesamen vorgestellt. Neben einem Markt, Ausstellungen und Vorträgen kann man sich auch vom Geschmack dieser Kulturschätze überzeugen.
10.30. Uhr bis 17.00 Uhr Karl-Knauf-Halle, Schützenstr. 3, Iphofen

Abl-Milchtagung 2013

04.03.2013, von 9.30 bis 16.30 Uhr; Kath. Landvolkshochschule Hardehausen, 34414 Warburg-Hardehausen
Siehe Anzeige Seite 21 oben!

Abl Franken

„Kein Brot für die Welt, die Jagd auf die Äcker beginnt, hier und weltweit“ 06.03.2013, Herrieden
Referent: Dr. Wilfried Bommert, Agrarwissenschaftler, Buchautor
Grußwort: MdB Josef Göppel
Herrieden Schernberg Gasthof Bergwirt



Die Schleswiger Werkstätten sind eine Einrichtung zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung.
Für unsere Betriebsstätte Hof Kubitzberg in Altenholz – Werkstatt für Menschen mit psychischer Behinderung – suchen wir zum 01.03.2013 oder später

einen Landwirt / eine Landwirtin

als Fachkraft für Arbeits- und Berufsförderung (FAB) bzw. als Gruppenleiter/in.
Weitere Infos unter: www.hof-kubitzberg.de
Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte bis zum 15.02.2013 an:
Schleswiger Werkstätten - Hof Kubitzberg; Herr Oberländer-Wille Kubitzberg 2; 24161 Altenholz

Abl Bodentagung Schleswig-Holstein

Programm:
10:15 Uhr Der Boden, Ihr größtes Kapital
Dipl.-Ing. agr. C. Felgentreu, Deutsche Saatveredelung
AG
10:45 Uhr Politische Verantwortung für Entwicklungen am Bodenmarkt
Dr. Jörg Gerke, Abl-Bodenexperte
11:15 Uhr Nichtlandwirtschaftliche Investoren am Bodenmarkt.
Dipl.-Ing. agr. Bernhard Forstner, Thünen-Institut
13:00 Uhr Podiumsdiskussion: Nutzung und Bodenmarkt in Zukunft
Dr. Robert Habeck, Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein
Bernd Voß, Bundesvorsitzender der Abl
Daniela Kersten, Rechtsanwältin für Bodenrecht
Christoph Lutze, Landwirt, Mitglied im BDM
Moderation: *Andrea *Kraus*, Abl. SH

Donnerstag, 14. Februar, 10:00 - 15:00 Uhr, Möhls Gasthof, Dorfstr. 12, 24808 Jevenstedt (nahe Rendsburg)
Shuttle vom Bf Rendsburg: Anmeldung bei Jan Wendel, Abl Schleswig-Holstein, (wendel@abl-ev.de), 0152 28545399

Abl Nordrhein-Westfalen EINLADUNG

zur Jahrestagung und Mitgliederversammlung
Montag, den 25. Februar 2013 um 13:30 Uhr
Vor der Tagung findet ab 11:00 Uhr die MV statt

„Bäuerliche Landwirtschaft sichern“

Mit Horst Becker, Staatssekretär Landwirtschaftsministerium
Bernd Voss, Abl Bundesvorsitzender

Haus Düsse, 59505 Bad Sassendorf-Ostinghausen
Info: Katharina Schäfer, Tel: 02381-9053170, nrw@abl-ev.de

Abl Franken EINLADUNG

zur Jahreshauptversammlung 2013

am Mittwoch 20.02.2013, 19:30 Uhr
Brauereigasthof Kraus, Hirschaid bei Bamberg

Vorträge:
Ein Jahr Hühnermobil-Wolfgang Kleinlein (Kurzreferat)
Saatgutnachbau - Verschärfung der Saatgutnachbauregelung für Bauern?
Referent: Georg Janssen
Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und der Interessengemeinschaft Nachbau

Abl Hessen

EINLADUNG

zur Mitgliederversammlung und Tagung
Sonntag, 3. März 2013 von 10.00 bis 16.30 Uhr

Hotel Klingelhöffer in Alsfeld;
Kontakt:
Henrik Maaß maass@abl-ev.de, 05542 500267

Abl Bayern



„Bäuerliche Landwirtschaft – unser Zukunftsmodell“

Tagung am Samstag 02. März 2013 von 10.00 – 16.30 Uhr
in der Klosterschenke Scheyern, Schyrenplatz 1, 85298 Scheyern

Tagungsprogramm:

10.30 Uhr: Isabella Hirsch, Bäuerin, 2. Vors. Abl-Bayern und Beraterin in der landwirtschaftlichen Familienberatung: „Arbeitsbelastung und finanzielle Situation in landwirtschaftlichen Betrieben“

11.30 Uhr: Lfd. Ministerialrat Konrad Schmid (BayStMELF): „Mit welchen Strategien jenseits des Wachstums sind bäuerliche Betriebe zukunfts- und überlebens-fähig?“

13.30 Uhr: Prof. Dr. Dr. h.c. Alois Heißenhuber, TU-Weihenstephan: „Visionen für eine zukunftsfähige bäuerliche Landwirtschaft“

14.30 Uhr: Gerard Choplin, Geschäftsführer Via Campesina
„Internationale Zusammenarbeit der bäuerlichen Bewegungen“

Teilnahmegebühr inkl. Mittagessen/Kaffee/Kuchen/Getränke: 30,- €
Anmeldung erbeten bis 22.02.: abl-bayern@web.de; Fax: 08679-9130145; www.abl-bayern.info oder telefonisch: 08656/393

Abl Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt EINLADUNG

zur Jahresmitgliederversammlung 2013

am 24.02.2013 von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr

ins Umweltbildungshaus Johannishöhe
01737 Tharandt, Dresdner Straße 13a St.Martin Gastronomie Eifel-Maar-Park 11, 56766 Ulmen

Abl Bayern EINLADUNG

zur Jahresmitgliederversammlung 2013

am Sonntag, 17. Februar 2012, 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
in der Benediktinerabtei Plankstetten, Cramer-Klett-Saal
Klosterplatz 1, 92334 Berching-Plankstetten

Vorträge:

Josef Kramer: „Der historische Kampf um die Verfügungsmacht über den Boden“
Franz Rohrmoser: „Bauern im Kampf um ihre Rechte heute“
Wir freuen freuen uns, Bernd Voss, den neuen Bundesvorsitzenden der Abl begrüßen zu dürfen.
Rückfragen unter 08656/393, abl-bayern@web.de

Abl Rheinland-Pfalz Saarland EINLADUNG

zur Jahreshauptversammlung 2013

am 03. März 2013 von 10:30 bis 16:00 Uhr

Vortrag 13:30 Uhr:

„Bauern nehmen ihre Vermarktung in die Hand“
Rudolf Bühler, Vorstandsvorsitzender der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft schwäbisch Hall

St.Martin Gastronomie Eifel-Maar-Park 11, 56766 Ulmen

WINDENERGIE-BETREIBER GESUCHT

Wir erwerben Ihren Windpark/Einzelanlage oder Ihre Mehrheitsbeteiligung
- ohne Vermittlungs- oder Maklerprovisionen.

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 0421 / 168 66 10
akquise@wpd.de, www.wpd.de



E|L | Freund & Partner Lutherstadt Wittenberg Steuerberatung für die Landwirtschaft



Ihr Ansprechpartner
Marcel Gerds
Agrarökonom (M.Sc.)

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg

Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-12
E-Mail: agrar@etl.de
Web: www.etl.de/fp-wittenberg
www.facebook.com/fpwittenberg



Thüringen

Einladung zum Tag der Landwirtschaft in Thüringen am 16.02.2013
von 09.00 bis 17.00 Uhr im Bienenmuseum „Imstraße 3, 99425 Weimar.“

Die EU-Agrarreform: In Vorträgen werden die Möglichkeiten eines Strukturwandels in der Landwirtschaft, solidarischen Wirtschaftens und anderen Alternativen im Umgang mit dem wertvollen Kulturgut Boden näher beleuchtet. Eine sich anschließende Podiumsdiskussion mit Vertretern aus verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft bietet die Möglichkeit, die politischen Strategien für die Thüringer Landwirtschaft zu hinterfragen. Gleichzeitig werden die Ausstellung „KORN“ und eine Apfelausstellung vom Lebensgut Cobstedt präsentiert.

Programm:

09.00 Uhr Begrüßung/Vorstellung: Georg Janßen, Geschäftsführer AbL und Peter Ritschel, TMLNU
09.30 Uhr Vortrag „Biodiversitätsverluste durch Industrialisierung am Beispiel der Getreide“ - Dr. Thomas Gladis, Eichstetten am Kaiserstuhl
11.00 Uhr Vortrag „Bodenerosion durch Großflächenlandwirtschaft“
Dipl.- Geogr. Christian Wolf, Institut für Bodenkunde Uni Tübingen
12.30 Uhr Mittagsimbiss unter Verwendung verschiedenster Getreidesorten
(Bio Catering Menüett, Schloss Tonndorf)
14:00 Uhr Wahl des neuen Vorstandes & Sonstiges (Gründung Aktionsbündnis)
15.15 Uhr Podiumsdiskussion mit:
Peter Ritschel, TMLNU (angefragt)
Egon Primas, CDU (angefragt)
Dr. Johanna Scheringer-Wright, Die Linke
Eleonore Mühlbauer, SPD
Dr. Frank Augsten, Die Grünen
Georg Janßen, AbL e.V.
Gerhard Gerster, AbL-Thüringen
Moderation: Stephanie Wild, AbL-Thüringen

17.00 Uhr Ende der Veranstaltung und Verabschiedung

Weitere Informationen: Michael Grolm, Tel.: 01701087174, M.Grolm@gmx.de
Thüringer Landesverband der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.,
Rathenaustraße 11, 07745 Jena



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel. 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de
Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; allablgau@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel, bagrei@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, mobil: 01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 97,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 132,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 42,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 67,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Milchmädchenrechnungen. Wir haben es satt!

Milchmädchenrechnung“ – laut Wikipedia „eine spöttische Bezeichnung für eine naive Betrachtung oder Argumentation, die wesentliche Rahmenbedingungen nicht beachtet oder falsch in Ansatz bringt, und deshalb zu einem nur scheinbar plausiblen, tatsächlich jedoch unzutreffenden Ergebnis kommt“. Der Begriff soll zurückgehen auf die Fabel „Die Milchfrau“ von Johann Wilhelm Ludwig Gleim. Darin geht es um den Selbstbetrug einer Bauersfrau, die sich auf dem Weg zum Markt bereits vorstellt, was mit dem Erlös für die Milch alles machbar wäre – dann aber die Milch verschüttet. Andere sehen die Herkunft des Begriffs bei Milchmädchen (Milchverkäuferinnen), die Kannen mit Wasser auffüllten, wenn die Milch knapp wurde und dennoch eine Rechnung über 100% Milch ausstellten.

Noch wieder andere verweisen auf eine Rechenmethode im alten Berlin, bei der relativ anspruchslose Rechenoperationen mit den Fingern beider Hände durchgeführt wurden.

Wie dem auch sei – „Milchmädchen“ werden als blöd oder verschlagen dargestellt. Umso wichtiger scheint uns die nachträgliche Ehrenrettung dieser Berufsgruppe, die laut Grimmschem Wörterbuch aus Mädchen bestand, die „die Milch besorgten und feilboten“. Diese Milchmädchen spielten in der Geschichte der Milcherzeugung

und –verarbeitung eine große Rolle. Ihre Aufgabe umfasste das Melken und das Buttern, das Verarbeiten und das Verkaufen der verschiedenen Milchprodukte. Deshalb sind die Milchmädchen von großen Künstlern auf Gemälden gewürdigt und verehrt worden: von Tizian, Vermeer, Goya, Cuyp, Dupree, Adolf Schmidt oder Millet. Im Kölner Stadtteil Poll erinnert sogar eine Statue an die Milchmädchen, die bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts die Milch aus Poll mit Karren nach Köln brachten. Ähnliche Denkmäler gibt es im französischen Saint-Lo, im russischen St. Petersburg und in Berlin-Neukölln.

Also: Milchmädchen waren überhaupt nicht doof und hinterhältig, sondern nutzenstiftend und geehrt! Diese Attribute treffen auf die heutigen Nachfolger

der Milchmädchen, also die Molkereien und den Handel, nicht mehr flächendeckend und auch nur noch bedingt zu. Und was man den damaligen Milchmädchen zu Unrecht nachsagte, also Hinterhältigkeit und Kurzsichtigkeit ohne Beachtung wichtiger Rahmenbedingungen, das ist in Bezug auf viele Molkereikonzerne sicher nicht so leicht von der Hand zu weisen: Was etwa den Korrekturfaktor beim Milchgewicht betrifft, die egoistische Managersicht auf den Unternehmensgewinn auf Kosten von Arbeitnehmern und Milchbauern oder die fehlende Einsicht in die Durchsetzbarkeit höherer Milchpreise durch Mengensteuerung in Erzeugerhand. Stattdessen hört man von Milchindustrie und Bauernverband immer neue, wirkliche falsche „Milchmädchenrechnungen“:

zu angeblich „vorübergehenden Dellen“ bei den Erzeugerpreisen, zu „Exportchancen“ oder dass sich bei „zukunftsfähigen“ Milchviehbetrieben die Zahl der Kühe durch 200 teilen lassen müsse...

Dass derlei Fehl-Mathematiker dermaleinst durch Gemälde und Skulpturen geehrt werden, darf getrost bezweifelt werden. Man wünschte sich, dass die Kultur der Milchmädchen wieder an Bedeutung gewinnt. Und Ansätze dazu gibt es ja. Zum Beispiel durch die vielen Milchbäuerinnen, die sich mutig mit ihren Männern für bessere Milchpreise stark machen und den Molkereikonzerne und den Politikern eine neue Milchmädchenrechnung aufmachen: für einen fairen Preis von mindestens 40 Cent!



Faire Preis für Milchbauern, damit es den Kühen gut geht.

Foto: Nürnberger

unabhängige Bauernstimme: verbündet und verbindet

02/2013

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

 Name, Vorname Name, Vorname

 Straße Straße

 PLZ, Ort PLZ, Ort

 evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

 Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221